

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße Nr. 16 b.
Telephonruf Nr. 3392.

Inserate
für die sechsgepaßene Colonelle oder deren Raum 50 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Ausspannen.

Die „Gesellschaft“, das heißt die oberen Zehntausend, ist bereits seit dem ersten Regen des Frühling unterwegs und ihr Auschwärmen dauert bis gegen den Winter hin. Mit den ersten Strahlen der Frühlingssonne beginnt die Wanderung der Aristokratie und Bourgeoisie in die Bäder, Sommerfrischen, ins Gebirge, an die See, um sich von den „Strapazen“ des Regierens, Dirigierens, Kommandierens, Sefierens und Schikanierens, von den Anstrengungen des Kuponsabschneidens, der Verschwendung der glänzenden Einkommen aus den großen Gütern, von der Jagd nach hohen Wucherzinsen, von den Zweckessen, Wohltätigkeitsbällen und anderen ähnlichen Wohltätigkeitschwindereien zu erholen und neue Kraft für neue Taten der geschilderten Art zu sammeln. Die Fremdenorte mit ihren Riesenhôtels, Kurhäusern, Badeanstalten, Villen etc. prangen in glänzendem Luxus und Komfort und bieten selbst den verwöhntesten Herrschaften alles, was das Herz begehrt. Prachtige Anlagen, Parks und Promenaden laden zu Spaziergängen und angenehmem Verweilen ein, Konzerte und Theater, Bälle und andere Veranstaltungen bieten Erholung, Zerstreuung und Vergnügen. Die reine, gesunde Luft stärkt Herz und Lunge und mit neubefestigter Gesundheit kehren die Herrschaften in ihre Schlösser, Villen und Paläste heim. In diesem Tun der oberen Zehntausend haben auch die letzten Krisenjahre wenig geändert. Die „Gesellschaft“ ist ja, wie die riesigen, hoch in die Milliarden gehenden Überzeichnungen öffentlicher Anleihen beweisen, wahrhaft inmens reich; noch keine Zeit zuvor hat in den Händen der besitzenden Klassen solche Reichtümer gesehen wie die Gegenwart. Das Geschäft der Reiterei mit den Früchten der Arbeit hat sich als ein so glänzendes erwiesen, daß die Besitzenden kaum mehr wissen, wohin mit den Millionen und Milliarden, weil dazu in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die ausreichende und gewinnbringende Anlage fehlt. So sind die Reichtümer der besitzenden Klassen bereits über den Rahmen des Kapitalismus hinausgewachsen.

Während aber die oberen Zehntausend die „Saison“ machen, alle Schönheiten und Freuden des Lebens genießen, müssen ihre Lohnslaven in den Fabriken und Werkstätten, in Feld und Flur, für sie weiter rackern und schaffen, um ihr Dasein als „Elende“ weiter zu fristen, den Besitzenden aber gleichzeitig ihre Reichtümer weiter zu vermehren. Für die Arbeiter, die es so dringend notwendig hätten, gibt es kein Ausspannen, sie müssen im Joche der Lohnarbeit ausharren, bis sie zusammenbrechen oder die Krise sie als Arbeitslose auf die Straße wirft. Und doch müßte dem selbst in der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht so sein. Die erwähnte immense Reichtumsvermehrung zeigt, wie fruchtbar und ergiebig im Maschinenzeitalter die Arbeit ist und wie leicht sie allen ein angenehmes und erträgliches Dasein gestattet. Alle unsere Forderungen nach dem Achtstundentag, nach auskömmlichem Minimallohn, freiem Samstagnachmittag und auch nach alljährlichem Urlaub bei Fortzahlung des gleichen Lohnes haben ihre Berechtigung in der fast unbegrenzten Produktivität und Ergiebigkeit der Arbeit, die ihre Durchführbarkeit sichern. Im Hinblick auf das unheimliche Wachstum der Vermögen der oberen Zehntausend, die gleichsam in ihrem Fette ersticken und wodurch die bestehenden Klassenverhältnisse noch fortwährend erweitert und verschärft werden, erscheint der Kampf der Arbeiter um Vergrößerung ihres Anteils an den Gütern der Erde als ein Prozeß, dessen siegreicher Verlauf für die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst als neue Belebung und Kräftigung, als Verlängerung der Lebensdauer wirkt. Die kapitalistische Massenproduktion bedarf der starken Kauf- und Konsumkraft der Massen und je mehr diese gesteigert wird, desto besser prosperiert sie selbst dabei. Alle seit Jahrzehnten durch die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital wie durch die soziale Gesetzgebung für die Arbeiter erzielten Errungenschaften haben daher den Reichtum der besitzenden Klassen nicht vermindert, sondern erhöht und zwar derart, daß heute infolge des großen Kapitalangebots der Zinsfuß ein so niedriger ist wie er früher niemals war.

Die von der Kapitalistenklasse so gehasste Arbeiterbewegung, die von ihr verfluchten Lohn- und Streikbewegungen, die so oft und scharf verurteilte „Begehrlichkeit der Arbeiter“ sind in Tat und Wahrheit die wohlthätigsten und die erhaltenden Lebensglieder des Kapitalismus, ohne die er elend zusammenbrechen müßte. In den achtziger Jahren erklärte der angebliche „Heros des Jahrhunderts“, Bismarck, im Deutschen Reichstag, daß „wir nicht reich genug sind, die Sonntagsruhe einzuführen zu können“. Zehntausende vorher bereits hatten Juden und Christen den Sabbat und den Sonntag als wöchentliche Ruhetage eingeführt und 40 Jahre vorher hatte Macaulay in seiner im englischen Parlament für das Zehnstunden-

gesetz gehaltenen Rede unter anderem gesagt: „Die Sonntage von 300 Jahren (1546 wurde in England der Sonntag durch Gesetz als wöchentlicher Ruhetag erklärt) betragen 50 Jahre unserer Arbeitstage. Wir wissen, was der Fleiß der Fleiß der letzten 50 Jahre bewirkt hat. Die Gründe meines ehrenwerten Freundes führen uns unwiderstehlich zu dem Schlusse, daß wenn während der letzten drei Jahrhunderte der Sonntag nicht als Ruhetag behandelt worden wäre, wir ein weit reicheres, ein weit höher zivilisiertes Volk sein würden als wir jetzt sind und daß insbesondere die arbeitende Klasse weit besser daran gewesen sein würde, als gegenwärtig. Aber glaubt er, glaubt irgend ein Mitglied des Hauses im Ernste, daß das der Fall gewesen sein würde? Ich für meinen Teil habe nicht den geringsten Zweifel, daß, wenn wir und unsere Vorfahren während der letzten drei Jahrhunderte an den Sonntagen gerade ebenso stark gearbeitet hätten wie an den Wochentagen, wir in diesem Augenblick ein ärmeres Volk und ein weniger zivilisiertes Volk sein würden als wir sind, daß weniger Produktion stattgefunden haben würde als stattgefunden hat, daß die Löhne des Arbeiters niedriger gewesen sein würden, als sie sind und daß irgend eine andere Nation jetzt Baumwollstoffe und Schafwollstoffe und Messerschmiedwerk für die ganze Welt machen würde.“

Was hier über den großen kulturellen Wert des freien Wochentags, über die Notwendigkeit und Wohlthätigkeit des Ausspannens von der Arbeit, der Ruhe und Erholung am Sonntag gesagt ist, das gilt auch für das Ausspannen während einer Reihe zusammenhängender Tage, für den alljährlichen Ferienurlaub von mindestens acht, besser aber von vierzehn Tagen bis zu drei Wochen. Tausende von Beamten und Angestellten in öffentlichen und privaten Betrieben genießen die Vorteile dieser Einrichtung heute schon, ebenso Angestellte und Arbeiter der berühmten Zeißischen Fabrik für optische Instrumente in Jena alljährlich Urlaub und zwar jeder Arbeiter einen solchen von sechs Tagen bei Fortzahlung des Arbeitslohns. Sehr richtig sagt der Verfasser der oben über das Zeißische Werk herausgegebenen Schrift, auf die wir nächstens noch zurückkommen werden, Herr Felix Auerbach: „Wenn jeder Beamte alljährlich einen Urlaub erhält, während dessen er seinen Gehalt weiter bezieht, so ist es nur eine Forderung der Billigkeit, daß man dem auf Lohn gestellten Arbeiter gegenüber ebenso verfähre.“ Selbstverständlich müssen sich dabei die Urlauber untereinander und mit der Verwaltung wegen dienstgemäßer Verteilung der Urlaubzeiten über das ganze Jahr verständigen, eine Verständigung, die bisher niemals Schwierigkeiten verursacht hat.“ Dabei bestehen bekanntlich in dem Zeißwerk Arbeitsbedingungen, gute Lohnverhältnisse etc., also die günstigsten Arbeitsbedingungen. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters, der über 24 Jahre alt und über drei Jahre im Geschäft ist, beträgt 1800 Mk., zahlreiche tüchtige Arbeiter kommen aber auf 2000 bis 3000 Mk.

Mit der allgemeinen Urlaubsgewährung an Arbeiter und Angestellte im Zeißwerk ist der Beweis erbracht, daß auch große Unternehmungen diese Erleichterung den Arbeitern zu gewähren vermögen, ja, diese erst recht. Das Bestreben der Arbeiter, es den anderen gleichzumachen, ebenso wie sie einmal im Jahre zur Erholung, Stärkung und Kräftigung der Gesundheit, zur Erhöhung der Lebensfreude für mehrere Tage auszuspinnen, einen Ferienurlaub mit Fortzahlung des Lohnes anzutreten und zu genießen, ist daher ebenso berechtigt wie die blühende Prosperität des Zeißwerkes zeigt, zum Nutzen des Unternehmers. Und schließlich läßt sich die Forderung der Arbeiter nach alljährlichem Ferienurlaub ganz kurz und durchschlagend mit den Dichtervorten begründen:

Der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten,
Sondern er arbeitet, um zu leben.

Schutz der nationalen Arbeit.

Sie ist sehr beliebt geworden bei den kranken Egoisten, die Phrase vom „Schutze der nationalen Arbeit“. Hinter dieser Phrase suchen die Plünderer und Beutemacher ihre nackten Geldjacksinteressen zu verstecken. Je lauter die Phrase ertönt, desto brutaler und rücksichtsloser die Habgier. Das zeigt sich jedesmal bei Erörterung handelspolitischer und sozialer Fragen. Wenn eine Jagd auf Millionen eröffnet wird, wenn es gilt, eine Begründung zu konstruieren für die Ablehnung bescheidener Arbeiterforderungen, für alles taugt die Phrase vom „Schutze der nationalen Arbeit“. Wie die Schreiber auf diesem Gebiet die wahren Volksinteressen, die nationale Arbeit schädigen, um ihre eigenen

Cliqueninteressen zu fördern, haben schon die letzten Zollverhandlungen im Reichstag gezeigt. Da die Frage der Handelsverträge zur Zeit ganz besonders in den Vordergrund tritt und die Metallarbeiterschaft an der Gestaltung unserer handelspolitischen Verhältnisse ein sehr großes Interesse hat, verlohnt es sich wohl, zu untersuchen, wie unter dem Geschrei vom Schutze der nationalen Arbeit die Interessen der deutschen Volkswirtschaft und damit der Arbeiterschaft wahrgenommen werden.

Deutschland ist ein sehr volkreiches Land, das nicht so viel landwirtschaftliche Produkte hervorbringt, um allen seinen Einwohnern die notwendigen Subsistenzmittel gewähren zu können. Wegen seiner geographischen Lage kann in Deutschland die Kultur mancher Nahrungs- und Genussmittel, zum Beispiel Reis, Kaffee, Kakao, Tee, Pfeffer u. s. w. gar nicht aufgenommen werden. Also selbst, wenn wir uns in Bezug auf Getreide, Fleisch, Obst und Gemüse vom Ausland frei machen könnten, immer noch würden wir einen nicht unbedeutlichen Teil unserer Nahrungs- und Genussmittel vom Ausland beziehen müssen. Wir müssen dafür an das Ausland natürlich Gegenwerte liefern. Aber welche? Wären wir goldreich, oder stände uns sonst ein nie versiegender Schatz von Naturwerten — nutzbare Mineralien — zur Verfügung, die volkswirtschaftliche Frage wäre leicht gelöst. Außer mit der Kohle, von der wir ja noch einen auf Jahrhunderte berechneten Vorrat haben, ist es mit unseren Naturschätzen nicht sehr weit her. Unsere Eisenindustrie bedarf beispielsweise noch starker Einfuhr von Erzen und unsere Textilindustrie ist hervorragend abhängig vom Ausland, fast unsere gesamten Bedürfnisse an Rohbaumwolle müssen wir im Ausland decken, der starke Verbrauch an Hölzern hat Deutschlands Wälder schon bedenklich gelichtet, auch hier muß das Ausland aushelfen, die Goldausbeute in Deutschland ist sehr minimal, ebenso sieht es aus bei anderen Edelmetallen.

Deutschlands weltwirtschaftliche Lage läßt sich kurz in folgende Formel fassen: Mangel an Nahrungs- und Genussmitteln; der Vorrat an Mineralschätzen reicht nicht aus, den Mangel dauernd auszugleichen; Überfluß an Arbeitskraft. In der Zukunft werden diese Mängel nicht schwinden, sie werden noch stärker sich geltend machen, Deutschlands Bevölkerung wächst rapid; sie betrug im Jahre 1850 35,2, 1870 41,0 und 1900 56,4 Millionen Seelen; die Steigerung der Produktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat demgegenüber aber seine natürlichen Grenzen. Die Zahl der Verzehrer wächst, die Menge der Produkte bleibt schließlich konstant und die Mineralschätze schwinden immer mehr zusammen. Beständig wachsend bleibt der Überfluß an Arbeitskraft und die Menge der vom Ausland herbeizuholenden Lebens- und Genussmittel und von Rohprodukten. Daran ist die Richtung unserer Volkswirtschaft gegeben; sie muß das Schwergewicht auf den Export von industriellen Fertigerzeugnissen legen, in denen sich ja die größte Summe von Arbeitskraft kristallisiert. Volkswirtschaftlich ist es für uns kein Gewinn, wenn der Export von Materialwerten gesteigert wird auf Kosten der Ausfuhr von Arbeitslöhnen, wie das geschieht durch Erleichterung der Ausfuhr von Rohmaterial und Halbzeug und Erleichterung des Exportes von Fertigwaren. Oft genug ist man zufrieden, wenn nur die Wertsumme der Ausfuhr gesteigert wird, wie in der Summe Materialwert und verausgabte Arbeitslöhne im Verhältnis zu einander stehen, bleibt unberücksichtigt. Im Bericht der Handelskammer Berlin pro 1902 liest man:

„Es ist ein Ruhmestitel für die deutsche Industrie, daß alle Schwierigkeiten sie nicht haben hindern können, ihren Export wiederum erheblich zu vergrößern. . . . Die Ausfuhr war also nach Menge und Wert die größte, die das deutsche Reich je gehabt hat.“

Es werden dann folgende Ziffern aufgeführt über die Ausfuhr nach Amerika (in Doppelzentnern):

	1800	1902	1903
Druckeisen	29	758	252069
Roh Eisen	—	59391	495064
St- und Winkel Eisen	9402	4874	237774
Eisenbahnschwellen	281	177	10690
Eisenbahnschienen	488	12365	871950
Stabeisen u. s. w.	5729	16282	101188
Zapfenstifte u. s. w.	—	16440	997987
Stecher	126	6646	42180
Eisenbrat	2820	28248	25489
Eisenbahnschrauben u. s. w.	36191	38790	45518
Eisenwaren jeder Art	35176	43078	62876
Summa	85236	224989	3121024

Die Resultate zeigten bei der Handelskammer eine sehr optimistische Meinung. Aber ist die Steigerung der Ausfuhr wirklich ein großer Segen für uns? Wie man sieht, sind es vorwiegend Rohprodukte und Halbzeuge, deren Exportziffern in die Höhe schwellen; wir haben also hauptsächlich Materialwerte ausgeführt. Im Jahre 1902 kostete in Deutschland durchschnittlich 58 Mk., die Er-

zeugungskosten 3 Mt., mithin war der Lohnanteil keine 6 Prozent, während bei Fertigfabrikaten die Lohnquote auf über 60 bis 80 Prozent hinausgeht. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten im Werte von einer Million kann volkswirtschaftlich vorteilhafter sein als die Ausfuhr von Rohmaterial im sechsfachen Werte. Die Steigerung des Exportes von Rohmaterialien ist aber unbedingt ein volkswirtschaftlicher Nachteil, wenn die Steigerung erzielt wird auf Kosten des Exportes von Fertigfabrikaten. Und das ist geschehen!

In der Rohstoffproduktion ist die Monopolisierung am weitesten fortgeschritten (Kohlsyndikat, Kohlsyndikat, Roheisensyndikat, Halbzeugverband etc.). Die Produzenten haben die Konkurrenz untereinander mehr oder minder ausgeschlossen. Diese Position wird dazu benutzt, dem deutschen Verbraucher die Rohmaterialien zu hohen Preisen aufzunötigen, an das Ausland aber zu niedrigen Preisen abzugeben. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Fertigindustrie wird auf dem Weltmarkt erschwert, indem das Ausland wegen wohlfeileren Einkaufs von Rohmaterial billiger produzieren kann als das Inland. Das fördert natürlich den Export von Rohmaterial und Halbzeug, aber die Ausfuhr von Fertigerzeugnissen wird erschwert und so entpuppt sich der vermeintliche Vorteil als ein Nachteil der deutschen Volkswirtschaft.

Diese Wirtschaftspolitik, die unter der Firma „Schutz der nationalen Arbeit“ segelt, wird gefördert durch die deutsche Zollpolitik. Gerade die Vertreter der Großindustrie sind es, die am lautesten nach Zollschutz rufen. Wie rücksichtslos Oligarcheninteressen vertreten werden, zum Schaden der deutschen Gesamtwirtschaft, haben die Zollverhandlungen bewiesen. Von den „Schutzzöllen auf Rohprodukte“ ließ man nichts abhandeln, wohl aber waren die Vertreter der Rohproduzenten bereit, die Zölle für Fertigerzeugnisse herabzusetzen, um damit den Agrariern entgegenzukommen. Durch diese Politik wird die Einfuhr von Rohmaterial erschwert, dessen Ausfuhr aber erleichtert, umgekehrt wird die Ausfuhr von Fertigfabrikaten erschwert, deren Einfuhr jedoch begünstigt. Den Vorteil hat das Ausland, es kauft von uns mehr Material, aber weniger Produkte, in denen qualifizierte Arbeit verkörpert ist.

Man muß sich wundern, mit welchen Argumenten eine solche Politik verteidigt und begründet wird. Der Abgeordnete Dr. Beumer legte bei den Zolldebatten das Hauptgewicht auf den Schutz der Roheisenindustrie. Zur Verteidigung des geforderten Schutzzolles führte der Herr aus: Ohne den „Schutzzoll würde, wie in den siebziger Jahren, Deutschland mit billigem Roheisen überschwemmt, die Hochöfen in Deutschland könnten wieder ausgeblasen werden, die deutsche Eisenindustrie würde ruiniert, die Arbeiter seien dann ohne Beschäftigung und Lohn! — Mit ähnlichen Argumenten hat man für die gesamte Eisenindustrie auch bei der diesmaligen Reichstagswahl operiert, um die Arbeiter vor der Wahl eines freiändlerischen Sozialdemokraten graulich zu machen. Hätte Herr Dr. Beumer lediglich als Interessensvertreter der Roheisenproduzenten gesprochen, könnte man seine Argumente noch gelten lassen, aber er sprach allgemein als Schützer der nationalen Arbeit, und so war seine Begründung der Forderung des Schutzzolles auf Roheisen einfach Humbug.

Wenn bei Aufhebung des Schutzzolles auf Roheisen der Preis in Deutschland durch die Einfuhr so heruntergedrückt wird, daß sich im Inland die Herstellung nicht mehr lohnt, so bedeutet das doch nicht absolut einen Schaden für die gesamte deutsche Volkswirtschaft oder auch nur für die Eisenindustrie im allgemeinen. Im Gegenteil: Können die Verbraucher von Roheisen welches aus dem Ausland billiger beziehen, so bedeutet das eine ganz gewaltige Stärkung der weiterverarbeitenden und Fertigerzeugnisse herstellenden Industrie. Während diese bei dem System der inaugurierten Schutzpolitik die Rohmaterialien teurer einkaufen muß als die ausländische Konkurrenz, würde sie dieser bei dem Fortfall des Schutzzolles auf Rohmaterial wenigstens hierin gleichgestellt sein. Da die deutsche Industrie, soweit sie Rohmaterial und Halbzeug verarbeitet, unter den heutigen ungünstigen Verhältnissen sich gegen die durch die deutsche Syndikats- und Schutzpolitik besser gerüsteten Auslandskonkurrenten auf dem Weltmarkt behaupten muß, so könnte eine Politik, die wirklich von dem Grundsatz „Schutz der nationalen Arbeit“ ausgeht, der deutschen Volkswirtschaft einen bedeutenden Aufschwung ermöglichen. Allerdings kommt man damit der Blünderjucht einiger Industriefürsorge in die Quere. Aber das sollte nicht bestimmend wirken dürfen. Nach der Berufszählung von 1895 wurden in der Maschinenindustrie und Metallverarbeitung 246497 Betriebe gezählt, Hochöfenwerke jedoch nur 104, im Jahre 1902 war deren Zahl 108. Im Interesse der wenigen Hochöfenbesitzer Laufenden von anderen Betrieben die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erschweren, das ist vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft das Versteckteste was es geben kann.

Jedoch wenn man die Wortführer der Interessenten reden hört, dann kommt es ihnen weniger an auf das Wohl und Wehe der Unternehmer als auf das der Arbeiter. So versuchte der erwähnte Abgeordnete (Dr. Beumer) im Reichstag, alle in der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Vereinsgenossenschaft versammelten Personen als an dem Roheisensyndikat interessiert zu reklamieren. Das ist durchaus falsch. Bei der Roheisenproduktion waren tätig im Jahre 1899 36334, 1900 34743 und 1901 32367 Arbeiter, während in der gesamten Eisenindustrie zirka anderthalb Millionen Arbeiter beschäftigt sind. Ebenjowenig wie es gerechtfertigt ist, zu gunsten der 108 Hochöfenbesitzer vielen tausend anderen Betrieben die Erlaubnis zu erlangen, ebenso ungerechtfertigt wäre es, wegen 30000 Arbeitern der Erwerbsmöglichkeit einer fünfzigfachen größeren Arbeiterschaft Hemmnisse entgegenzustellen.

Dabei ist es eine uralte Voraussetzung anzunehmen, die in der Roheisenproduktion beschäftigten Arbeiter genossen durch die Schutzpolitik einen besonderen Vorzug. Die hier in Betracht kommende Arbeiterschaft ist politisch und gewerkschaftlich so indifferent, daß für ihr Arbeitsverhältnis ledig-

lich das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmend mitwirken kann, im übrigen schaltet und waltet der Unternehmer nach Willkür.

Tritt durch die Schutzpolitik in Verbindung mit den Syndikatspraktiken eine Stockung in der Rohmaterial verarbeitenden Industrie ein, dann treten freierwerbende Arbeitskräfte überall als Konkurrenten auf, mag dann in der Rohproduktion auch keine Betriebsbeschränkung eintreten, die Lage der Arbeiter verschlechtert sich doch.

Treiben wir aber eine Politik, die lediglich ausgeht von dem Interesse der Gesamtheit, dann wäre es gar kein so großes Unglück, wenn ein Aufschwung in der Fertigindustrie begleitet würde von einem Rückgang der Roheisenproduktion. Die hier überflüssig werdenden Arbeiter könnten von den übrigen Industrien leicht absorbiert werden, es würde dann weniger Materialwert ausgeführt, dafür aber der Export von Arbeitslöhnen, die in den Fertigprodukten zum Ausdruck kommen, steigen.

Das wäre Schutz der nationalen Arbeit! Was jetzt betrieben wird, ist vielmehr eine Verschleuderung nationaler Güter auf Kosten der nationalen Arbeit. W. D.

Die soziale Frage in Amerika.

Die Ende Mai in Leipzig von der Klassenbewußten Arbeiterschaft begangene Feier zur Erinnerung an die vor 40 Jahren erfolgte Gründung der deutschen Sozialdemokratie brachte für kurze Zeit wieder einen Genossen in die Mitte der deutschen Arbeiterschaft, dessen Name unlösbar mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verknüpft ist. Wir meinen den von Amerika herübergekommenen Genossen Julius Wahlreich, der Mitglied jenes berühmten Leipziger Zentralkomitees war, das sich im Februar 1863 an Ferdinand Lassalle in Berlin mit der Aufforderung wandte, in irgend einer ihm passend erscheinenden Form seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und die Mittel, deren sie sich zu bedienen habe, sowie besonders über den Wert der Genossenschaften (Assoziationen) für die ganz unbemittelte Volksklasse auszusprechen. Lassalle antwortete mit dem „Offenen Antwortschreiben“, das vom 1. März 1863 datiert ist und das den deutschen Arbeitern die Waffen gab, deren sie bedurften, um ihren historischen Emanzipationskampf zu beginnen.

Anlässlich seines Aufenthaltes in Europa folgte Genosse Wahlreich einem an ihm ergangenen Rufe zu einer Agitationstour in die Schweiz, wo er in einer Reihe von Städten über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und über die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas Vorträge hielt. Wahlreich erzielte mit seinen ausgezeichneten Vorträgen viel Erfolg. Über die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas sagte er manches, das auch für weitere Kreise größeres Interesse bietet. Vor 50 Jahren gab es, führte Wahlreich aus, in Amerika noch keinen Bettler, heute aber bestehen bereits die schärfsten wirtschaftlichen Gegensätze. Damals war die Verteilung des Nationalvermögens eine derartige, daß die Hälfte desselben noch auf die Arbeiterklasse entfiel. Seitdem hat aber eine gewaltige Verschiebung der Besitzverhältnisse stattgefunden, wie folgende Darstellung zeigt. Im Jahre 1890 besaß 1 Prozent der Bevölkerung gleich 128 000 Familien ein Vermögen von 33 Milliarden Dollar (gleich 132 Milliarden Mark), die 50,9 Prozent des gesamten Nationalvermögens ausmachen. Im Durchschnitt entfällt auf jede der beteiligten Familien ein Vermögen von 257 000 Dollar (1028 000 Mt.). 11 Prozent der Bevölkerung oder 1400 000 Familien besitzen ein Vermögen von 23 Milliarden Dollar gleich 35,5 Prozent des Nationalvermögens. Durchschnittlich entfallen auf jede dieser Familien rund 16000 Dollar (= 64 000 Mt.). 44 Prozent der Bevölkerung oder 5 1/2 Millionen Familien besitzen 8 Milliarden Dollar gleich 12,35 Prozent des Nationalvermögens. Im Durchschnitt entfallen auf jede Familie 1454 Dollar (5600 Mt.). Weitere 44 Prozent der Bevölkerung oder 5 1/2 Millionen Familien besitzen nur 800 Millionen Dollar oder 1,25 Prozent des Nationalvermögens, durchschnittlich jede Familie 145 Dollar (580 Mt.). Tabellarisch geordnet ergibt das Verhältnis der Bevölkerung zum Nationalvermögen folgendes Bild:

Bevölkerung:	Vermögen:
128000 Familien = 1 Proz.	33 Milliarden. Doll. = 50,9 Proz.
1400000 „ = 11 „	23 „ = 35,5 „
5500000 „ = 44 „	8 „ = 12,35 „
5500000 „ = 44 „	0,8 „ = 1,25 „
12528000 Familien = 100 Proz.	64,8 Milliarden. Doll. = 100 Proz.

1 Prozent der Bevölkerung besitzt also mehr als die Hälfte des gesamten Nationalvermögens, umgekehrt entfällt nur 1,25 Prozent desselben auf 44 Prozent der Bevölkerung, des arbeitenden Volkes, das also so gut wie völlig mittellos ist. Die Darstellung läßt deutlich die große Kapitalkonzentration erkennen, wie sie in den gewaltigen Syndikaten und Trusts zum stärksten Ausdruck gelangt. Wahlreich führte dazu unter anderem aus: Die industrielle Machtentfaltung ist in Amerika eine gewaltige geworden, überall schießen Trusts, Monopole, Syndikate aus dem Boden, die allerdings vielfach mit nicht vorhandenen Kapitalien operieren, große Dividenden auszahlen, um noch mehr Kapital anzuziehen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß ähnlich wie nach der Gründerperiode in Europa in einigen Jahren der große „Kraich“ sich vollziehen wird, der die Zustände der jetzigen Zeit ins helle Licht rücken wird. Gegenwärtig aber noch sind die Trusts mächtig und rücksichtslos. Mit allen möglichen Mitteln werden die industriellen Betriebe einer Brönne zu solchen Trusts zusammengepreßt; zeigt sich ein Unternehmer nicht willig, so wird er angekauft oder mit Gewalt zur Nachgiebigkeit gezwungen.

Hieraus ging Wahlreich zur Besprechung der anderen neuen Macht, der Arbeiterbewegung, über, die mit jenen gewaltigen industriellen Gebilden den Kampf aufgenommen hat und bis zu gutem Ende fort- und durchzuführen wird. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist in Nordamerika sehr ausgebildet und hat schon bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Zwar darf man in Europa nicht etwa

glauben, es werde auf diesem Gebiet der Arbeiterschaft in Amerika keine Hindernisse in den Weg gelegt, im Gegenteil. Die Polizisten in Amerika haben zwar keinen Scheiß dafür einen Knüttel, und sind ebenso leicht geneigt, bei Streiks die Partei der Unternehmer zu ergreifen, die daneben noch von der Gesetzgebung und besonders der Rechtsprechung in hohem Maße unterstützt werden. Es kommt sehr oft vor, daß bei einem Streik der bedrohte Unternehmer zum Richter läuft, die alles andere als unparteiische Leute sind, und von diesem einen sogenannten Einhaltsbefehl gegen die Streikenden erwirkt, der ihnen verbietet, die Arbeitsplätze oder auch die Wohnungen der Streikbrecher zu betreten. Die geringfügigste Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot gibt dem Richter Veranlassung, den Schuldigen ohne Mitwirkung einer Jury für einige Zeit einzufesseln. Gesetzgeberische Werke soziale Natur, die die Arbeitszeit regeln oder sonstwie den Interessen der Arbeiterschaft dienlich sind, werden regelmäßig als dem Grundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz widersprechend und deshalb verfassungswidrig aufgehoben.

Nichtsdestoweniger aber schreitet die organisierte Arbeiterschaft Amerikas mächtig auf ihrer Bahn vorwärts; sie läßt sich nicht einschüchtern, sondern erringt schöne Erfolge, weil sie zahlreich, finanziell gut fundamntiert und daher mächtig ist. Bedauerlicherweise gibt es auch in Amerika noch sehr viele Arbeitsbrüder, die außerhalb der Organisation stehen und die hemmend wirken für die ganze Bewegung.

In einzelnen legte er sodann klar, wie in den letzten Jahren die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter bedeutende Verbesserungen gebracht haben, so den Schriftführern, den Bauhandwerkern, den Kohlengräbern, welche letztere über 500 000 Mitglieder haben, eine gewaltige Macht, die sich im letzten Streik mit der monopolisierten Unternehmenseigenschaft gemessen hat und die ganze Bourgeoisie erzittern machte, so daß selbst der Präsident der Vereinigten Staaten eingreifen mußte. Dieser Streik hat 3 Millionen Dollar gekostet, 2 Millionen hatten die Kohlengräber in der Kasse, 1 Million wurde gesammelt; dabei haben sie aber doch noch Not gelitten, aber sie taten es in ihrem Solidaritätsgefühl mit Begeisterung und haben einen großen Erfolg errungen, indem das Kapital sich beugen mußte. Dieser Streik zeigte wie notwendig für eine solche Bewegung geschulte Massen, starke Gewerkschaftskassen sind, besonders ohne letztere sollte die Arbeiterschaft nicht in einen Ausstand treten. Die Bauhandwerker, unbegriffen die Schreiner, verdienen nun täglich — natürlich solange sie Arbeit haben, da sie ja auch eine tote Zeit haben — bei achtstündiger Arbeitszeit 4 Dollar. Es ist ein erhebender Anblick, wenn sie nachmittags um 4 Uhr zu ihren Familien heimkehren. Das haben sie aber alles nur durch die Macht ihrer Organisation erreicht. Auch der Schriftführer hat die gewerkschaftliche Organisation zu sehr hohen Löhnen verholfen bei achtstündiger Arbeitszeit. Sie verdienen geradezu enorme Summen Geld, oft mehr als die Redakteure. Redner führt als Beispiel die Seher Zeitung (New-Yorker Volkszeitung) an, die wöchentlich (für 7 Tage zu acht Stunden) 30 bis 40 Dollar verdienen. Man sieht auch da, daß die Organisation ganz gewaltige Dinge möglich gemacht hat, die allerdings in Europa noch lang nicht zu erhoffen sind, wo das Unternehmertum die Arbeiter zu knechten bemüht ist und das teils auch mit Erfolg tut, weil die Arbeiterschaft einerseits die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu wenig begreift und andererseits auch Regierung und Behörden durch Gesetze und Militär dem Kapital zur Seite stehen.

In den Vereinigten Staaten, die erst seit neuerer Zeit ein stehendes Heer von 100 000 Mann besitzen, wird nun zwar das Militär nicht gegen die Arbeiter aufgebildet, aber die Miliz, gebildet durch die „goldene Jugend“, hat in Hunderten von Fällen gegen die Arbeiterschaft eingegriffen.

Das Sprichwort — schloß der Redner seinen prächtigen Vortrag — „Jeder ist seines Glückes Schmied“ ist wahr, scheinlich jederzeit eine Lüge gewesen, ganz besonders aber zu heutiger Zeit, wo der einzelne nur ein Atom ist und nichts zu bedeuten hat; heute kommt jeder nur im Zusammenschluß zur Geltung und die Arbeiterschaft kann sich nur emporkämpfen durch die Organisation. Sie muß sich ständig rüsten zum Kampfe, ihre Glieder zu demselben erziehen und dann geschlossen und einig marschieren. Sie darf durch einzelne Mißerfolge nicht mutlos werden. Der Kampf der Arbeiterschaft ist keine leichte Sache, aber er hat sich doch gelohnt. Blickt man zurück auf die letzten 40 Jahre, seit denen sich die Sozialdemokratie entfaltet hat, so kann man mit Freuden den gewaltigen Fortschritt konstatieren. Jetzt laßt man nicht mehr über die Sozialdemokratie, sondern man fürchtet sie. Es wird aber noch besser werden, allerdings bei stetem Kampfe. Wir haben nicht ein- oder zweijährige Dienstzeit, sondern lebenslängliche. Aber wie die Alten nicht müde werden, so sollen auch die Jungen mutig mithelfen, sich schulen und voll Vertrauen zu ihren Führern sein. Dann sind wir der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird. -r-

„Eigentum“.

In Essen ist dieser Tage eine Aktiengesellschaft gegründet worden, die Anspruch auf nähere Beachtung hat. Ihr Grundkapital beträgt nicht weniger als 160 Millionen Mark und ist in 160 000 Inhaberaktien zu 1000 Mark zerlegt, die zum Nennwert ausgegeben werden. Der Gesellschaft gehören Grundstücke im Werte von 116 Millionen Mark, bewegliche Güter im Werte von 84 Millionen und Forderungen im Werte von 73 Millionen Mark. Eine Riesengesellschaft also, die schon von ihrer Größe willen die Aufmerksamkeit auf sich ziehen muß. Aber noch interessanter wird sie durch ihre Verfassung und durch den Gründungsbericht. Sie hat fünf Gründer und von diesen fünf haben vier nur je eine Aktie von 1000 Mark. Die übrigen Aktien im Betrag von 159 996 000 Mark sind sämtlich im Besitz des fünften Gründers und dieser ist ein Mädchen — die Tochter des verstorbenen Großindustriellen Krupp! Dazu stellt die Sächsische Arbeiterzeitung folgende treffende Betrachtungen an:

Es ist das Vermögen des Herrn Alfred Krupp, das jetzt in Form von Aktien in der kleinen, feinen Damenhand des Fräuleins Bertha Krupp vereinigt ist. Ihr rechtmäßig erlangtes, durch Erbschaft überkommenes Eigentum. Eigentum! Der bürgerlichen Gesellschaft genügt die Tatsache des Besitzes, und über die Entstehung des Eigentums im einzelnen Falle macht sie sich keine Gedanken. Die junge Dame hat die 159996000 Mark geerbt — damit basta! Man kann sie beneiden — aber das Recht auf den Besitz bestreiten, das kann keinem Ordnungsmann einfallen. Und doch stellt die Anhäufung eines solchen Riesenvermögens in der Hand eines einzelnen Menschen einen Widerspruch dar, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Und nur, weil die Menschen von Jugend auf mitten in den Widersprüchen der kapitalistischen Welt leben und treiben, fällt den vielen unter ihnen, die sich den Luxus eigenen Denkens über Gesellschaft und Staat nicht gönnen, dieser tolle Widerspruch nicht auf.

Als der letzte Krupp noch lebte, da ließ sich noch der Schein eines persönlichen Anteils des Betriebsbesizers, des Nutznießers all der menschlichen Arbeitskraft, die im großen Kruppwerk tagaus tagein verausgabt wird, an der Arbeit des gewaltigen Riesenbetriebs mühsam aufrechterhalten. Wenn Friedrich Krupp auch die größte Zeit des Jahres fern von Essen war, wenn auch das Werk ihn fast niemals und immer nur auf wenige Augenblicke zu sehen bekam — die gutgesinnten Blätter mußten doch von ihm zu rühmen, daß seine Initiative, seine Anordnungen das Ganze regierten. Es war gelogen, aber der gute Bürger glaubte seiner Presse und ihm mag bisweilen geglaubt haben bei dem Gedanken an die riesige Arbeitslast, die der Rentier auf Capri zu tragen habe, an die gewaltige Konzentration geistiger Arbeit, die dazu gehöre, einen solchen Riesenbetrieb weitausschauend zu leiten und in Gang zu erhalten. Und er konnte sich einbilden, der jährliche Tribut, den Krupp von den Massen der Schaffenden erhob und der sich auf zehn und mehr, ja zeitweise fast zweimal zehn Millionen belief, sei durch solche Arbeit verdient.

Mit dieser Legende ist es jetzt vorbei. Fräulein Bertha Krupp kann man der gläubigen Welt nicht als die Leiterin des Kruppbetriebs vorstellen. Es läßt sich nicht vertuschen, daß die Millionenernte, die von dem Millionenhaufen strömt, so ihn die Arbeit Tausender Fleißiger befruchtet, einem Menschen zufließt, der selbst an dieser Arbeit nicht den kleinsten Anteil nimmt. Fräulein Bertha Krupp versteht nichts von dem Betrieb von Stahlwerken, von Kanonen- und Maschinenfabriken, von Hochöfen und Bergwerken. Nicht, daß wir der blöden Philistermeinung wären, die Frau vermöchte solche Kenntnisse sich nicht anzueignen, vermöchte nicht das zu leisten, was man heute Mannesarbeit nennt. Aber wenn Fräulein Krupp solche Kenntnisse besäße und sie praktisch anzuwenden nicht verschmähte, so wäre sie von der gutgesinnten Presse längst als ein Weltwunder gepriesen worden. Das Schweigen der Presse über die persönlichen Qualitäten der Millionenerbin zeigt uns, daß man in dieser Hinsicht nichts über sie zu sagen hat.

Fräulein Krupp hat zur Anhäufung des Riesenvermögens, dessen Früchte sie jetzt weiter aufhäufen wird — denn sie völlig zu verzehren wird ihr bei der tollsten Verschwendung nicht möglich sein — keinen Finger gerührt. Schon ihr Vater war nur noch der Nutznießer der Arbeit anderer, und sein Vater, der Kanonenkönig, hätte niemals seinem Sohne ein solches Riesenvermögen hinterlassen können, wenn er allein auf seiner Hände und seines Kopfes Arbeit angewiesen gewesen wäre. Den größten Teil an der Schaffung des Kruppischen Vermögens haben die Zehntausende Namenloser, die auf den Kruppischen Werken ihre Arbeitskraft verkaufen, die sich bei kargem Lohne abmühen Tag für Tag an Schmiedefeuer und Drehbank, am Hochofen und in der Grube, bis sie alt und schwach, arm, wie sie geboren, ins Grab sanken. Und ihnen folgten andre und wieder andere und jetzt steht ein vierzigtausendköpfiges Heer von Arbeitenden in Diensten der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp — das heißt jene sind verpflichtet, von dem Ertrag der Arbeit ihrer Hände den Löwenanteil dem Fräulein Bertha Krupp zu überlassen und sich mit dem zu begnügen, was diese junge Dame ihnen zukommen lassen will, diese junge Dame, deren einziger Rechtstitel auf solchen Tribut ihr Name ist, der Umstand, daß sie sich Mühe gab, als Tochter Friedrich Krupps geboren zu werden! Und auf Grund dieses Rechtstitels wird die junge Dame das Riesenvermögen, das sie ererbte, mehren und mehren zu märchenhafter Höhe. Und die Kruppischen Arbeiter werden arm bleiben wie ihre Väter, sie, die fleißig arbeiten, werden nichts haben, und das Mädchen, das nie arbeitete und nie arbeiten wird, legt Millionen zu Millionen. Die Arbeiter werden abhängig sein vom Wink ihrer Hand, das Kind der Brauen jener Dame kann sie arbeitslos machen, kann sie vor's Nichts stellen und wenn sie in Gnaden behalten werden bis zum Zeitpunkt, da ihre Kraft zu Ende ist, so winkt ihnen nach harter Lebensandacht bei knappen Rentenfünfteln ein Alter, in dem die Freuden so spärlich sind wie die Dafen in der Wüste. Das ist die bürgerliche Gesellschaftsordnung, die man die göttliche nennt.

Die Aktiengesellschaft, so haben unsere Theoretiker gesagt, beweist die Überflüssigkeit des Unternehmers. Je riesiger die Aktiengesellschaft wird, umso krasser tritt diese Überflüssigkeit hervor — die Betrachtung der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp zeigt es uns.

Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt im Monat Juni 1903.

Im Monat Juni ist die Beschäftigung der hauptsächlichsten Industrien im wesentlichen auf dem gleichen verhältnismäßig nicht unbefriedigenden Stand wie im Monat Mai geblieben. Am bemerkenswertesten ist die bevorstehende und zum Teil bereits eingetretene Verschlechterung der Verhältnisse des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie infolge der hohen Restpreise, auf welche bereits im Monat Mai hingewiesen wurde. In einzelnen Industrien, wie in der Konfektionsindustrie, der Buchdruckerei, Buchbinderei und anderen, hat sich das im Sommerhalbjahr übliche Nachlassen der Beschäftigung verstärkt geltend gemacht. Die Besserung in der Metall-

industrie hat angehalten. Bei den an die Berichtertattung des Reichsarbeitsblattes angeschlossenen Krankenkassen ist zum ersten Male im 18892 gegenüber einer Zunahme von 55188 im Mai. Der Verkehr an den Arbeitsnachweisen war gegen den Vormonat unverändert.

Der Arbeitsmarkt im Monat Juni 1903 nach Berichten der Industrie.

Der Monat Juni weist ein gegen den Mai nur wenig verändertes Bild auf, nur daß die Tendenzen, welche sich damals bereits erkennen ließen, jetzt noch deutlicher hervortreten.

In der Metallindustrie sind die Verhältnisse gegen den Vormonat wenig geändert. Bemerkenswert ist besonders, daß die Lage in von den meisten Stellen als besser wie in den Vormonaten bezeichnet normales. Es gilt das Gesagte insbesondere auch für die Handels- und Eisenwarenindustrie. In der Fabrikation von L-, U- und ebenso war sie gut für Fußtabelleisen, wogegen die Lage in den Schweißereibetrieben, welche Stabeisen herstellen, nicht gleich günstig bei den Stahl-, Puddel- und Walzwerken meist nicht unbefriedigend. Dementsprechend ist das Überangebot von Arbeitskräften in der Metallindustrie ein wenig zurückgegangen, wenn auch ein starkes Überangebot insbesondere von Schlossern und Drehern immer noch besteht. In der Trägerindustrie bestand rege Nachfrage und lebhafter Verkehr, dementsprechend war auch die Fabrikation gut beschäftigt. Der Maschinenbau ist fast durchweg auch weiterhin mangelnd, ebenso die Kesselschmieden und Eisentruckfabriken. Nur vereinzelt wird bemerkt, daß eine leichte Besserung sich auch hier erkennen lasse. Während der allgemeinen Maschinenbau schleppend beschäftigt ist, war die Beschäftigung des Lokomotivbaus nicht unbefriedigend, an einzelnen Stellen sogar recht flott, so daß die Verhältnisse sich für mangelhaft wie im Vormonat war dagegen die Beschäftigung im Eisenbahnwagenbau und infolge davon besteht das große Überangebot von Arbeitskräften in dieser Branche auch weiter. Der Lokomotivbau zeigt leichte Besserung, der Werkzeugmaschinenbau wird eine leichte Verschlechterung gemeldet. In der Drahtstiftindustrie war der Beschäftigungszustand stetig, aber nicht mehr so lebhaft, wie im Vormonat infolge langameren Einganges der Spektulationen.

Die meisten für die elektrische Industrie vorliegenden Nachrichten lassen eine nicht unbefriedigende Gestaltung der Lage erkennen. An tüchtigen Arbeitskräften in der Schlosserei, Dreherei, Formerei und Wädelerei bestand an verschiedenen Orten Mangel. Die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne sind, soweit Nachrichten vorliegen, nicht geändert worden.

Einzelne Industrien. Metall- und Maschinenindustrie.

In der Metallindustrie haben sich im Juni die Verhältnisse weiter gebessert. Der Geschäftszug und die Beschäftigung der Werke war in der Eisenindustrie, sowohl im schlesischen Bezirk wie in der rheinischen Eisenindustrie, ein lebhafter, der vornehmlich eine Ausdehnung der Arbeitszeit zur Folge hatte. Immerhin ist der Beschäftigungszug nur als normal zu bezeichnen. Die Arbeitsverhältnisse haben sich gebessert. Das starke Überangebot von Arbeitskräften ist zurückgegangen, und das Angebot entspricht wieder demjenigen früherer normaler Jahre. Entschieden ungünstig wird dagegen aus Oberhessen berichtet, wo man die Lage als flau und unbelebt bezeichnet. Recht günstig haben sich die Verhältnisse in der westfälischen Fabrikation von L- und U-Eisen und von hier auch die Preise gebessert. Insbesondere haben sich die Verhältnisse in der westfälischen Fabrikation von L- und U-Eisen und von hier auch die Preise gebessert. Die Arbeitszeit und die Lohnverhältnisse sind unverändert geblieben. Für Schweißereibetriebe war die Beschäftigung im gleichen Bezirk eine leidlich gute, doch können hier mit Rücksicht auf den starken Wettbewerb der Stahlwerke mit Flußwalzwerken vielfach mit Verlust arbeiten. Überangebot von Arbeitskräften bestand nicht. Bei einzelnen Schweißereibetrieben haben Fabrikatpreise genügende Arbeitsmenge für vollen Betrieb nicht heranzubekommen war.

Im Düsseldorf-Berliner Bezirk war für Walzwerkprodukte und Stahlfabrikate befriedigender Geschäftszug. Überangebot von Arbeitskräften bestand noch, insbesondere von Schlossern und Drehern, wie im Vormonat, doch war das Überangebot nicht mehr außerordentlich.

Die Drahtstiftindustrie meldet aus allen Bezirken, insbesondere aus Süddeutschland (Münster) und Rheinland-Westfalen, ruhigen aber stetigen Geschäftszug, der infolge langameren Einganges der Spektulationen etwas stiller geworden ist. Dementsprechend fängt das Angebot von Arbeitskräften an wieder zuzunehmen.

Die Verhältnisse im allgemeinen Maschinenbau werden noch aus den meisten Bezirken als wenig zufriedenstellend geschildert. Günstigere Meldungen liegen aus dem anhaltischen Bezirk, aus Elb-Lothringen und aus Schlesien vor. Erfreulich sind die Meldungen über die Beschäftigung im Lokomotivbau, der sowohl von westfälischen wie von Berliner und elb-Lothringischen Werken als lebhaft und flott bezeichnet wird. — Auch in München scheint eine Besserung eingetreten zu sein. Ein gewisses Überangebot von Arbeitskräften besteht immer noch. Unverändert schlecht sind dagegen die Verhältnisse des Eisenbahnwagenbaus in allen Bezirken. Die Meldungen lauten in dieser Beziehung übereinstimmend aus dem Düsseldorf-Berliner, Westfälischen, Kölner und auch aus Süddeutschland. Die Arbeitsverhältnisse sind hier nach wie vor recht ungünstig und starke Verkürzungen der Arbeitszeit erforderlich.

Für Werkzeugmaschinen wird von einzelnen Stellen wieder eine Besserung gemeldet, wogegen aus Elb-Lothringen berichtet wird, daß die Bestellungen wieder spärlicher erfolgen und bei sehr gedrückten Preisen. Immerhin waren die Werke voll beschäftigt. Die Löhne haben steigende Tendenz. Überangebot von Arbeitskräften besteht nicht.

Der Beschäftigungsgrad im Juni 1903 nach den Nachrichten der Krankenkassen.

Die Zahl der berichtenden Kassen beträgt im Berichtsmonat 4502, und zwar liegen für den 1. Juli d. J. Nachweisungen vor von 3280 Zwangsstellen und 1198 Hilfsstellen, insgesamt von 4988 Kassen aus 247 Orten. Davon waren 54 Gemeindekrankenkassen, 747 Ortskrankenkassen, 333 Innungskrankenkassen, 217 Betriebs- und Fabrikkrankenkassen und 9 andere Kassen außer Hilfsstellen (Baukrankenkassen etc.). Die Nachweisungen umfassen 3,65 Millionen Mitglieder, ungerundet die Mitglieder der Hilfskrankenkassen.

War die Zunahme der Mitglieder bereits im Mai wesentlich geringer gewesen als in den Vormonaten, so ist im Juni ein direkter Rückgang in den Mitgliederzahlen eingetreten. Die Aufwärtsbewegung hat somit für den Augenblick ihren Höhepunkt erreicht, und in einzelnen Gewerben hat ein Rückschlag eingetreten. Textilindustrie und Bekleidungsindustrie konnten bei diesem Rückgang in erster Linie in Betracht, daneben aber das Baugewerbe und die mit ihm zusammenhängenden Gewerbe infolge zahlreicher Streiks in verschiedenen Städten, und die polygraphischen Gewerbe, insbesondere Buchdruckerei, Grabberühret.

Die berichtenden Kassen, außer den Hilfsstellen, hatten am 1. Juni d. J. einen Mitgliederstand von 2629476 männlichen und 1066186 weiblichen Mitgliedern gehabt. Von dieser Mitgliederzahl waren am 1. Juni

versicherungspflichtig:
bei den männlichen Mitgliedern 2563897 = 97,5 Prozent
" weiblichen 984949 = 92,4

freiwillig versichert:
bei den männlichen Mitgliedern 68079 = 2,5 Prozent
" weiblichen 81297 = 7,6

Gegen diesen Bestand ergab sich bei den gleichen Kassen am 1. Juli d. J. für die Versicherungspflichtigen das heißt in Arbeit stehenden Mitglieder eine Zunahme von 1516 männlichen und eine Abnahme von 9713 weiblichen Mitgliedern. Läßt man wieder außer Betracht — was nicht völlig zutreffend ist, aber der Einfachheit der Rechnung halber geschieht — und zieht man von der Zahl diesem Lage erwerbsunfähiger Kranken mit 62767 männlichen und 32616 weiblichen Personen ab, so ergibt sich für den 1. Juli d. J. ein Sinken der Beschäftigungsstärke von 13892 gegen eine Zunahme von 55188 Personen im Mai und von 94718 Personen im April d. J.

Zu bemerken ist freilich, daß diesmal eine Anzahl Kassen fehlten. Immerhin wird dadurch das Ergebnis nur unbedeutend beeinträchtigt.

Während die Zahl der Versicherungspflichtigen abgenommen hat, ist die Zahl der freiwillig Versicherten in die Höhe gegangen, bei den männlichen Mitgliedern von 717, bei den weiblichen um 1633.

Am markantesten aber tritt der Umschlag der Lage in der Ziffer der erwerbsunfähigen Kranken hervor. Es ist eine oft beobachtete Erscheinung, daß jede beginnende Verschlechterung der Arbeitslage zahlreiche Krankmeldungen mit sich führt. Während bisher in allen Monaten der Krankenbestand herabging, war die Zahl der erwerbsunfähigen krank Gemeldeten am 1. Juli um 2526 männliche und 3169 weibliche Mitglieder größer als am 1. Juni.

Die Hilfsstellen zeigen ein gegen den Vormonat ziemlich unverändertes Bild und weisen wieder eine geringe Vermehrung des Mitgliederstandes auf.

Bemerkenswert ist, daß die Zahlen der weiblichen Mitglieder der männlichen. Es deutet das darauf hin, daß der Umschlag bei Gewerben zu suchen ist, in welchen weibliche Arbeitskräfte besonders beschäftigt werden, wie Textilindustrie, Konfektion, Arbeit in Tabakfabriken etc. Das beständige auch die Ergebnisse der einzelnen Kassen, und das deutet sich auch mit dem, was sonst über die Gestaltung der Industrielage berichtet wird, und zum Teil mit dem, was die Statistik der Arbeitslosigkeit in den Gewerbetrieben erkennen läßt. Das Gesamtbild ist jedenfalls dahin zu charakterisieren, daß die Aufwärtsbewegung augenblicklich ihren Höhepunkt erreicht hat und daß in einzelnen Industrien ein Nachlassen der Beschäftigung begonnen hat.

Während die Ortskrankenkassen in den vorhergehenden Monaten die hauptsächlichsten Träger der Mitgliederzunahme waren, haben sie im Monat Juni den hauptsächlichsten Anteil an der Abnahme. Rund 90 Prozent der Abnahme bei den männlichen und rund 80 Prozent bei den weiblichen Mitgliedern entfallen auf die Ortskrankenkassen.

Wie die Nachweisungen, welche den tabellarischen Darstellungen zu Grunde liegen, erkennen lassen, sind es bestimmte, bereits kurz genannte Industrien, in welchen in erster Linie der Rückgang der Mitgliederzahlen auftritt.

Dieser Rückgang hängt teils mit dem Aufhören der Saison zusammen, so in der Konfektion, der Buchbranche, dem Buchdruckgewerbe und alle mit ihm zusammenhängenden Gewerben wie Buchbinderei etc., zum Teil erklärt er sich aus anderen Faktoren wie bei der Textilindustrie. Im Baugewerbe und den damit zusammenhängenden Gewerben (Tischlerei etc.) ist der Rückgang der Zahlen zum Teil auf den Einfluß zahlreicher Streiks und die dadurch hervorgerufene flaute Lage dieser Gewerbe zurückzuführen. Zum Teil dürfte ganz allgemein auch das Abfließen von Arbeitskräften in die Landwirtschaft für die Gewerke bei dem Rückgang der Zahlen beteiligt sein. Diese Zusammenhänge bestätigen insbesondere auch die Zahlen der Betriebsstellen, die für Textilindustrie und Bekleidungsindustrie eine Abnahme zeigen und auch für die Papierindustrie bereits Stillstand aufweisen.

Bemerkenswert ist das weitere Steigen der Mitgliederzahlen in der Metall- und Maschinenindustrie. Von den 3983 männlichen Mitgliedern, um welche alle berichtenden Betriebsstellen im Monat Juni zunahm, entfallen 1976 auf die Metall- und Maschinenindustrie. Und während bei allen berichtenden Betriebsstellen zusammen die Mitgliederzahl der weiblichen Mitglieder nur um 61 wuchs, nahm sie in der Metall- und Maschinenindustrie allein um 247 zu.

Die gleichen Ergebnisse findet man in den besonderen Nachweisungen, welche Düsseldorf, Frankfurt und Magdeburg nach den An- und Ummeldungen bei den Krankenkassen in der Gliederung nach Gewerbegruppen und Gewerbetypen bearbeitet und dem Kaiserlichen Statistischen Amt zur Verfügung stellen. In Frankfurt überstiegen die Ummeldungen im Baugewerbe die Anmeldungen um 353, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe (Tischlerei) um 126, wogegen in der Maschinenindustrie die Anmeldungen um 126 höher waren.

Die Hamburger Nachweisung über die am Schlusse des Monats Juni in Hamburg beschäftigten Personen zeigt einen Rückgang teils im Verlagsgewerbe, jedoch aber in den polygraphischen Gewerben, in denen am Schlusse des Monats Juni 200 Personen weniger als Ende Juni d. J. beschäftigt waren. Im ganzen waren Ende Juni in Hamburg 1979 Personen weniger als Ende Mai beschäftigt.

Das Ergebnis läßt sich somit, soweit das Zahlenmaterial eine Schlussfolgerung gestattet, nochmals dahin zusammenfassen: Die Aufwärtsbewegung hat im allgemeinen augenblicklich ihren Höhepunkt erreicht und schreitet zur Zeit nur in der Metallindustrie weiter vorwärts. In einzelnen Industrien ist teils durch Schluß der Saison teils aus anderen Gründen (Textilindustrie) ein Rückschlag eingetreten. Das Baugewerbe liegt in einer Anzahl von Stätten still, wodurch auch die mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen sind.

(Reichs-Arbeitsblatt)

Vom Unternehmerterrorismus.

In Friedland i. M. besteht ein Eisenwerk, dessen Eigentümer ein Bankier Rösler in Anklam ist. Die Arbeiter dieses Eisenwerkes, Form- und Hilfsarbeiter, haben schon seit Jahren unter so erbärmlich niedrigen Löhnen gearbeitet, daß man sagen kann, sie haben ein Recht zur Unzufriedenheit. Aber sie waren bescheiden und wagten nicht, Forderungen zu stellen. Als ihnen vor zwei Jahren unter der Einwirkung der Krise die Löhne nochmals um 10 bis 25 Prozent gekürzt wurden, sagte man ihnen, daß die Löhne wieder aufgebessert werden würden, sobald sich das Geschäft hebe. Infolgedessen ließen sich die Arbeiter auch diese Lohnkürzung noch gefallen. Freilich, den Hungerriemen mußten sie tüchtig enger ziehen. Nun trat vor einigen Wochen für das Friedländer Eisenwerk eine recht günstige Konjunktur ein. Bedeutende Aufträge für viele Monate hindurch wurden dem Werke erteilt. Die gebürdeten Arbeiter hofften, daß der Unternehmer, ohne daß er erst an sein Versprechen erinnert werden müßte, die Löhne und Alfordnisse erhöhen würde. Aber sie hatten sich getäuscht. Sie richteten deshalb ein Schreiben an den Chef, das so lautet und höflich gehalten ist, daß man gewiß nicht sagen kann, die Arbeiter hätten damit Ursache zu der Maßregelung gegeben, die von Herrn Rösler verfügt wurde. Das Schreiben an diesen Herrn hat folgenden Wortlaut:

Friedland den 5. Juli 1903.

Herrn Bankier Rösler, Anklam.
Hochverehrter Herr Chef!
Ihre Arbeiter vom Friedländer Eisenwerk häufig wechseln und verstreuen wir deshalb wohl, weshalb Ihr Unternehmen nicht den richtigen Erfolg hatte, den Sie mit Recht erwarten mußten. Ein richtiges Bedenken, geehrter Herr Rösler, kann doch nur dort sein, wo Chef und Arbeiter Hand in Hand gehen. Wir erlauben uns

deshalb, um ein ersprießliches Gedeihen Ihres Werkes anzubahnen, Ihnen folgendes vorzutragen:

Es ist unmöglich, daß wir Formner für den zu niedrig bemessenen Akkord arbeiten können. Damit Sie jedoch nicht glauben sollen, daß wir nun mehr haben wollen und dabei nicht bedenken, daß auch Sie konkurrieren müssen, wollen Sie sämtlichen Gefellen, die ihr Fach erlernt haben, einen Minimallohn von 35 Pf. pro Stunde geben. Arbeiter, welche keine Lehrgeld durchgemacht haben, sind selbstverständlich hierbei ausgeschlossen und würden dieselben mit 25 Pf. pro Stunde zufrieden sein.

Ferner wollen Sie Ihren Beamten den Befehl erteilen, den Lohn wöchentlich an uns auszuhändigen. Wenn es sich irgend machen läßt, wollen Sie gütigst den Freitag dazu wählen. Unsere Frauen und Wirtinnen können infolge der Sonntagsruhe am Sonnabend besser und wohlfeiler einkaufen.

Damit Ihr Werk auf die Höhe kommt, wollen Sie aus der Mitte Ihrer Arbeiter ferner einen Arbeiterausschuß wählen lassen, welcher jederzeit bereit ist, im Interesse Ihres Werkes tätig zu sein.

In Anbetracht Ihrer geschäftlichen Erfahrungen hoffen wir auf obige Änderungen, die sprechen stets Ihr Interesse soviel an uns liegt zu wahren und zu wahren.

Hochachtungsvoll ergebenst
Ihre Metallarbeiter des Eisenwerkes Friedland.

Infolge dieses Schreibens wurde den Arbeitern gesagt, daß der Herr Chef am Dienstag den 14. Juli nach Friedland kommen würde, um mit ihnen über ihr Gesuch zu sprechen. Der Herr Chef hat aber nicht. Augenscheinlich hat er nicht so große Not zu leiden wie seine Arbeiter. Ein Beauftragter vom Gauvorstand des Metallarbeiter-Verbandes, der von den Arbeitern ebenfalls auf Dienstag eingeladen war, setzte sich nun mit dem Herrn Chef telefonisch in Verbindung, um mit ihm eine Verhandlung für einen späteren Termin zu vereinbaren. Herr Köster bestimmte darauf Ort, Tag und Stunde der Verhandlung. Diese sollte in Anklam am 17. Juli, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, stattfinden. Der Beauftragte der Gauleitung erhielt jedoch am Donnerstag vormittag bereits die telefonische Nachricht von dem Eigentümer des Eisenwerkes, daß er seinen Besuch nicht wünsche und daß er unter keinen Umständen mit ihm in der Angelegenheit verhandeln würde. Kurz darauf traf auch von dem Formner in Friedland bei dem Beauftragten die Nachricht ein, daß ihnen der Bürgermeister von Friedland die Forderung gestellt habe, aus dem Metallarbeiter-Verband auszutreten, sonst würden sie sämtlich entlassen werden. (Über die Unterbrechung des Herrn Bürgermeisters von Friedland mit den Arbeitern berichten wir noch weiter unten.) Am selben Tage traf abends 8 Uhr die telefonische Nachricht bei dem Beauftragten des Gauvorstandes in Stettin ein, daß sämtliche Arbeiter des Friedländer Eisenwerkes wegen ihrer Zugehörigkeit zum Metallarbeiter-Verband gekündigt seien!

Das also war die Antwort des Herrn Köster in Anklam auf das unserer Meinung nach überhöfliche Gesuch seiner Arbeiter, eine Antwort, die so recht deutlich das „warme Herz“ der Unternehmer für ihre Arbeiter illustriert. Warum wurden, so fragen wir, die Arbeiter mit der Entlassung gestraft? Was ist geschehen, daß Herr Bantier Köster seine Arbeiter kündigte? Weil sie der Organisation angehören und sich erdreisteten, unter dem guten Geschäftsgang des Friedländer Eisenwerkes nicht ebenso hungern zu wollen wie unter dem ungünstigeren. Ein hohes sozialpolitisches Verständnis zeigt aber der „verehrte Herr Chef“ auch insofern, als er auf die Forderung seiner Arbeiter wegen der Errichtung eines Arbeiterausschusses und der wöchentlichen Lohnzahlung am Freitag keine andere Antwort als die Entlassung hat. Die Arbeiter machen sich natürlich jetzt einen Bess auf die Arbeiterfreundlichkeit ihres „verehrten Herrn Chefs“. Diejenigen unter ihnen, die noch glauben, daß ein Unternehmer nur recht bößlich um eine sonst ganz selbstverständliche Sache gebeten zu werden braucht und ohne weiteres immer ein arbeiterfreundliches Herz habe, werden infolge der Antwort auf ihren Brief eines Besseren belehrt worden sein.

Das Friedländer Eisenwerk sucht jetzt „verbandsfreie Formner“ als Ersatz der wegen ihrer bestehenden Wünsche und ihrer Zugehörigkeit zur Organisation Gemehrten. Wir wollen dies Gesuch noch um ein wenig dadurch „unterstützen“, daß wir etwaigen „verbandsfreien“ Reflektanten auf das Friedländer Eldorado des Herrn Köster die Kesselfummen des Verdienstes angeben, die einzelne Arbeiter dort gewöhnlich erzielen:

1 Formner verheiratet (1 Kind)	verdient in 12 Arbeitstagen	6,00 Mk.
1 Hilfsarbeiter = (2 Kinder)	= 12	= 7,80 =
1 Formner = (3 =)	= 6	= 8,00 =
1 Schlosser ledig	= 6	= 7,50 =
1 Formner	= 9	= 13,00 =
1 =	= 8	= 9,24 =
1 =	= 12	= 12,92 =
1 =	= 18	= 8,00 =

Der letzte war von der Firma extra von Berlin geholt worden. Er konnte sich natürlich mit dem Kesselferdienst von 8 Mk. während der 18 Arbeitstage kaum wackeres Brot kaufen. Als er die Arbeit aufgab, mußte er seinen Sonntagsgang und seine Taschengeld in Friedland für Kost und Logis verpfänden und um ein paar Mark zur Rückfahrt nach Berlin zu erhalten. Wer hat also noch Lust von den „verbandsfreien Formnern“?

Über auch die Berufsberatung wurde den Arbeitern angeboten, wie aus den Worten des Direktors Salchow hervorgeht. Dieser sagte: Er habe dafür gesorgt, daß die verheirateten Formner in Friedland sowohl wie in der ganzen Umgegend keine Arbeit mehr bekommen.

Da in den Schatzmachern immer so sehr über den Terrorismus der organisierten Arbeiter geklagt wird, so übermitteln wir die Worte des Herrn Direktors Salchow vom Friedländer Eisenwerk der Öffentlichkeit, damit die Welt erkennen laßt, aus welcher niedrigen Absichten hier die Arbeiter vom Unternehmer auf das infamste terrorisiert werden. Hier in Friedland werden die Arbeiter erst deswegen terrorisiert durch Kündigung, weil sie nicht aus ihrer Organisation austreten wollen, und dann wird ihnen noch der Hunger und dauernde Arbeitslosigkeit in Aussicht gestellt, weil sie ihre staatsbürgerlichen Rechte aus § 152 der Reichsgemeindeordnung nicht preisgeben wollen. Die Leute, die einen derartigen Terrorismus ansähen, fühlten sich noch als befeindete Staatsbürger und Ordnungsmänner und hätten sich erhalten und die Unterstützung der städtischen Behörde von Friedland bei ihrem gesetzlichen Rechte! Und damit wollen wir auf die Unbilligkeit des Friedländer Bürgermeisters, des Herrn Rat Vos, um diesen Terrorismus eingehen.

Am Donnerstag den 17. Juli, also an dem Tage, an dem die Verhandlungen über das Gesuch der Arbeiter zwischen dem Bevollmächtigten der Gauleitung und dem „verehrten Herrn Chef“ Köster in Anklam stattfinden sollten, ordnete der Bürgermeister von Friedland an, aus dem Eisenwerk von elf Formner auf dem Rathaus an. Ein Polizeibeamter mußte die Arbeiter aus der Fabrik holen. Auf dem Rathaus machte der Bürgermeister diesen Leuten dann Vorhaltungen über ihre Zugehörigkeit zum Metallarbeiter-Verband und sagte sie, was für dem eigentlichen Verband hätten. Auf die Erwiderung der Arbeiter, daß es niemandem etwas angehe und zu allererst den Herrn Bürgermeister, ob sie organisiert seien oder nicht und daß sie außerdem auch nur ganz bescheidene Wünsche an ihren Chef geäußert hätten, machte der Bürgermeister zugeben, daß die Forderung von 35 Pf. Stundenlohn eine sehr bescheidene sei und sich in wäpigen Grenzen hält. Dann aber glaubte der Herr Rat Vos, daß die Arbeiter zu verächtlichen und zu verächtlichen. „Der fährt euch bloß an der Nase herum und zieht euch das Geld aus der Tasche! Unterstützung bekommt ihr ja doch nicht!“ (Das „Ihr und Euch“ in der Sprache des Herrn Bürgermeisters an die Arbeiter ist ein medienrechtliches Privileg im Besitze mit dem Stadtschreiber zu sein.) Dann bogierte Herr Vos vor den Arbeitern weiter: „Das sind alles demokratische Verbände, also Sozialdemokraten, und solche Verbände will ich hier nicht haben.“ — Da laßt ihr solchen Herrn Redakteur aus Stettin herkommen, damit der zwischen Arbeitgeber und

Arbeiter verhandeln soll. Das aber könnt ihr doch nicht verlangen, daß wir mit solchen Herrn verhandeln sollen? Der Herr Bürgermeister verlangte dann ganz kategorisch, daß die Arbeiter aus dem Metallarbeiter-Verband austraten; er wäre von ihrem Chef ersucht worden, das von ihnen zu verlangen. Wenn sie diesem Verlangen nicht nachkämen, dann würden sie entlassen! Sie würden auch nicht mehr in Arbeit kommen, wenn sie den Austritt nicht vollziehen!

Zunächst möchten wir die Tatsache feststellen, daß unser Beauftragter gar kein Bedürfnis empfunden hatte, mit dem Herrn Bürgermeister von Friedland zu verhandeln, da der Herr bei dieser Sache ganz überflüssig ist. Der Herr mag sich um die Verwaltung seiner städtischen Angelegenheiten bemühen, dann wird seine Zeit vollauf ausgefüllt werden. Was will der Herr Bürgermeister übrigens damit sagen, wenn er von sich selbst und von Herrn Köster betont, „daß wir“ nicht mit solchen Herrn verhandeln? Will der Herr Bürgermeister vielleicht mit dem „wir“ sagen, daß er Geschäftsteilhaber des Herrn Köster in Anklam ist? Wenn das zuträfe, sollte dann wäre auch das sonderbare Bestreben des Friedländer Bürgermeisters, den Metallarbeiter-Verband bei den Arbeitern anzuschwärzen und zu verächtlichen, sehr erklärlich, und ebenso sein Verlangen auf Austritt aus dem Verband. Daß Herr Vos aber als Bürgermeister mit diesem Verlangen an die Arbeiter die Interessen der von ihm vertretenen Stadtgemeinde nicht fördert, sondern schädigt, ist auch klar. Der Steuerfiskus der Stadt Friedland hat doch den Ausfall zu tragen, wenn die Arbeiter weiter für einen so niedrigen Lohn arbeiten müssen wie der Herr Bürgermeister und Herr Köster das wünschen. Auch die Gemeinbetreibenden Friedlands, Krämer und Hauswirte, werden nicht gerade besonders erbaut sein von den wertwüthigen wirtschaftlichen Ansichten des Bürgermeisters. Jedemfalls zeigt das Verhalten des Friedländer Bürgermeisters, daß er durch die letzten Reichstagswahlen und durch die Erfolge der gewerkschaftlichen Organisationen nichts weiter gelernt hat als den Terrorismus der Unternehmer und Kapitalisten zu fördern. G. F.

Zum Königsberger Klempnerstreik.

Der Vertrag, der zwischen der Klempnerinnung und den Klempnergefellten zu Königsberg in Preußen abgeschlossen wurde und vom 7. Juli 1903 bis 31. März 1905 gültig ist, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Minimallohn für die Klempnergefellten beträgt vom 7. Juli 1903 bis 31. März 1904 pro Stunde 37 Pf., vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 pro Stunde 40 Pf. Der Lohnsatz für die durch Unfall oder Zwalldatit milder leistungsfähig gewordenen Gefellen unterliegt der freien Vereinbarung, jedoch mit der Maßgabe, daß der Minimallohn für Junggefellten vom 7. Juli 1903 bis 31. März 1904 pro Stunde 30 Pf. und vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 33 Pf. pro Stunde beträgt. Als Junggefellten gelten Gefellen nur bis zu einem Jahre nach vollendeter Lehrzeit.

§ 2. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden täglich und zwar Sommer und Winter von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit einer Frühstückspause von 8 bis 8 1/2 Uhr und einer Mittagspause von 12 bis 1 1/2 Uhr. Am Sonnabend wird eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht. Beschäftigt wird nur die wirkliche Arbeitszeit. Bei schlechtem Geschäftsgang steht es dem Meister frei, die Arbeitszeit zu verkürzen.

§ 3. Überstunden und Nacharbeit sollen nur in dringenden Fällen vorkommen und werden mit 10 Pf. pro Stunde Aufschlag vergütet.

§ 4. Bei allen Arbeiten außerhalb der Tore Königsbergs, aber innerhalb der fortifikatorischen Ringstraße, wird ein Zuschlag von 50 Pf. pro Tag gezahlt, wenn die Arbeit länger als 6 Stunden in Anspruch nimmt und die Arbeitsstelle weiter als 3 Kilometer vom Tore entfernt liegt. Für Arbeiten außerhalb der Ringstraße wird ein Zuschlag von 1,50 Mk. für verheiratete Gefellen und 1 Mk. für unverheiratete Gefellen gewährt, vorausgesetzt, daß dieselben am Arbeitsort nicht wohnen.

§ 5. Ist eine außerhalb gelegene Arbeitsstätte nur mit der Bahn zu erreichen, so wird dem Gefellen die Fahrzeit als Arbeitszeit berechnet. An Fahrgehalt wird der Preis für die vierte Wagenklasse vergütet. Ist der Weg zur Arbeitsstelle zu Fuß zurückzulegen, so hat der Gefelle 6 Uhr morgens von der Werkstat den Weg anzutreten, dann aber bis 6 Uhr abends an der Arbeitsstätte zu bleiben.

§ 6. Die Lohnzahlung erfolgt am Sonnabend und muß eine halbe Stunde nach Feierabend beendet sein. Dauert die Lohnzahlung länger, so ist den Gefellen die Zeit als Überstunde zu bezahlen.

§ 7. Zur Schlichtung der aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten wird eine Kommission aus sechs Meistern und sechs Gefellen gebildet. Die Mitglieder dieser Kommission werden von Meistern und Gefellen in getrennten Versammlungen gewählt.

§ 8. Im Herbst, spätestens im November 1904, hat die Kommission zusammenzutreten und die Lohnverhältnisse für das folgende Jahr zu beraten. Kommt in der Kommission eine Einigung nicht zu stande, so läuft der Vertrag ab.

§ 9. Die Mitglieder der Klempnerinnung sind an den Vertrag nur so lange gebunden, als die Lohnkommission der Gefellen dafür sorgt, daß nicht mehr als zehn Gefellen bei Arbeitgeber des Klempnergewerbes und solchen, welche außerhalb der Innung stehen und Installationsarbeiten ausführen, zu anderen als den Vertragsbedingungen arbeiten. Falls nicht innerhalb 14 Tagen eventuelle Unregelmäßigkeiten durch die in § 7 benannte Kommission beseitigt sind, oder in dieser Zeit keine Einigung zu stande kommt, haben die beiderseitigen Generalversammlungen darüber endgültig zu beschließen.

§ 10. Dieser Vertrag ist von den Vertretern der Innung und den Vertretern der Gefellen zu unterzeichnen.

Die Annahme vorstehenden Vertrags durch die Versammlung der Klempnerinnung beschließen die Vertreter der Innung: Königsberg den 9. Juli 1903.

Sapfo Siede. H. Grunenberg. Emil Stiel jun. M. Sommer. F. Ankler. F. Baßl. F. Bartisch. Rudolf Wandowski. Eduard Weder.

Die Annahme vorstehenden Vertrags durch die Versammlung der Gefellen beschließen die Vertreter der Gefellen: Königsberg den 9. Juli 1903.

Julius Wsch. Franz Korndt. Th. Witt. G. Hoffmann. F. Gaweil. G. Klein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir den Mitgliedern des vierten Agitationsbezirktes, bestehend aus dem Königreich Sachsen, dem Herzogtum Sachsen-Altenburg, den Kreisen Böhmen, Liebenwerda und Torgau des Regierungsbezirktes Merseburg der Provinz Sachsen, zur Kenntnis, daß sich der Vorstand in Bezug auf die Beziehung des in den Bekanntmachungen in Nr. 25 und 26 dieser Zeitung zur Bewerbung ausgeschriebenen Postens eines Bezirksleiters für den Kollegen Magnus Haack, bisher in Dresden, entschieden hat.

Der Sitz für die Bezirksleitung ist Leipzig. Kollege Haack tritt sein Amt am 15. August dieses Jahres an. Die Adresse ist bis auf weiteres:

M. Haack, Leipzig, Windmühlstraße 11.

Sodann machen wir noch darauf aufmerksam, daß durch den eingegangenen Ausschluß einige Abänderungen der Agitationsbezirkte vorgenommen wurden. Dem Kollegen Kohrad, Stettin, Behringerstraße 78, wurde die Bezirksleitung für den ersten Agitationsbezirk, dem Kollegen A. Cohen, Berlin, Engelauer 15, die Bezirksleitung für den dritten Agitationsbezirk, unmaßgeblich die Zahlstelle Berlin und die Provinz Brandenburg, übertragen.

Die Zugehörigkeit der einzelnen Verwaltungsstellen zu den für

die in Frage kommenden Agitationsbezirkten ist durch die Einflüge der den Bezirk bezeichnenden Zahl hinter jeder Verwaltungsstelle in neuen Adressenverzeichnis hervorgehoben. Das Adressenverzeichnis wird allen Verwaltungsstellen zugestellt werden. Außerdem gelangt für jeden Bezirk eine Zusammenstellung der dazu gehörigen Landesteile und Verwaltungsstellen zur Ausgabe.

Auf Grund wiederholter Zuschriften weisen wir nochmals darauf hin, daß in Gemäßheit eines Beschlusses der letzten Generalversammlung jedes Mitglied des Verbandes für die Monat Juni mindestens fünf Extrabeiträge à 30 Pf. zu entrichten hat. Weitergehende Beschlüsse der einzelnen Verwaltungsstellen werden dadurch nicht aufgehoben.

Beitrag von der Errichtung der Extrabeiträge sind nun frange und arbeitslose Mitglieder, letztere auch nur dann, wenn sie keine Unterstüßung aus Verbandsmitteln beziehen.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden dringend ersucht, für die Eintreibung der Extrabeiträge zu sorgen. Um gegen säumige Zahler vorgehen zu können, sind genaue Personalien und Adressen derselben dem Vorstand zu melden.

Bezüglich der Arbeitslosenstatistik machen wir darauf aufmerksam, daß nicht nur die unterstüßungsberechtigten, sondern auch die nicht unterstüßungsberechtigten Mitglieder in die Listen einzutragen sind, weil nur so ein genaues Bild über den Umfang der Arbeitslosigkeit erlangt werden kann.

Die am Orte arbeitslosen Mitglieder ersuchen wir deshalb, sich stets, auch wenn sie nicht unterstüßungsberechtigt sind, bei den örtlichen Verwaltungsstellen zu melden.

Bezüglich der auf der Reise befindlichen arbeitslosen Mitglieder ist die Zahlung erst am letzten Tage des Quartals vorzunehmen, damit Doppelzahlungen vermieden werden.

Von den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern erwarten wir, daß sie an ihrem Orte geeignete Anordnungen zur prompten Durchführung dieser Statistik treffen.

Die Zusendung der zur Berichterstattung an den Vorstand erforderlichen Karten erfolgt mit dem Versand der Protokolle vom letzten Verbandstag.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Verbandsmitglieder ohne Einhaltung der statutarischen Bestimmungen die Arbeit niedergelegt haben. Vielfach hat man es nicht einmal für nötig gehalten, der zuständigen Ortsverwaltung von der Absicht der Arbeitseinstellung Mitteilung zu machen, geschweige denn den Bezirksleiter zur Beratung zuzugreifen. Erkläre irgend ein Unternehmer wegen Abstellung von Mitarbeitern vorstellig gewordenen Kommission: „Wenn es euch nicht paßt, dann könnt ihr alle gehen!“ hatten die Kollegen oftmals nichts eiligeres zu tun als die Arbeit niedergelegen. Sie bedachten nicht, daß sie damit vielfach dem Unternehmer einen Gefallen erwiesen, der, die Gelegenheit beim Schopfe faßend, nunmehr nur noch unorganisierte Arbeiter einstellte.

Diese mehrfach vorgekommene Haltung der Verbandsmitglieder verstoßt gegen die Bestimmungen des § 30 unseres Verbandsstatuts. Sie liegt weder im Interesse der Organisation, noch der beteiligten Arbeiter selbst. Die Zahl der erfolglos ausgehenden Streiks wird dadurch unendlich vermehrt und der moralische Eindruck sicher nicht geklärt.

In Zeiten wie den gegenwärtigen, wo das Unternehmertum bei den geringfügigsten Anlässen zu der Aussperrung aller etwaigen Differenzen gänzlich unbeteiligter Arbeiter übergeht, ist es dringender denn je notwendig, daß jedes Mitglied auf die genaue Einhaltung des Statuts Bedacht nimmt und gegen unbesonnenes Vorgehen warnend seine Stimme erhebt. Ist dies besonders auch deshalb erforderlich, weil der Vorstand statutenwidrige Arbeitseinstellungen seine Zustimmung nicht geben kann und die beteiligten Mitglieder durch ihr eigenmächtiges Vorgehen in eine recht üble Lage kommen können.

Indem wir hiermit die in Frage kommenden wichtigsten Bestimmungen des Statuts (§ 30) wiedergeben, verbinden wir damit die ebenso dringende wie berechtigete Mahnung, künftighin in allen Fällen genau nach dem Statut zu handeln.

§ 30. Arbeitseinstellungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbständigen Entscheidung ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die Entscheidung der Ortsverwaltung zusteht, nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen, desgleichen kann die Sperre über Werkstätten nur vom Vorstand verhängt werden. Die Bekanntmachung erfolgt durch das Verbandsorgan und durch Plakate, die den Verwaltungsstellen zuzusenden sind.

Brachen in einem Geschäft Differenzen aus, woran Verbandsmitglieder beteiligt sind, so treten diese unter Zuziehung der Ortsverwaltung beziehungsweise des zuständigen Vertrauensmannes zur Beratung der Sachlage zusammen.

Angriffstreiks müssen mindestens drei Monate vor Beginn dem Vorstand und Bezirksleiter gemeldet werden.

Sind mehrere Streiks beim Vorstand angemeldet, so ist jene Bewegung das Vorrangrecht einzuräumen, welche Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht nehmen.

Dem Vorstand und Bezirksleiter ist von der Ortsverwaltung beziehungsweise dem Vertrauensmann über die einschlägigen Verhältnisse genauester Bericht zu erstatten. Dieser Bericht ist von drei Beamten der Ortsverwaltung zu unterzeichnen und mit dem Ortsstempel zu versehen.

Die an den Differenzen beteiligten Verbandsmitglieder haben in geheimer Abstimmung festzustellen, ob sie in einem Zustand ein treten wollen. Vor der Abstimmung hat der Bevollmächtigte beziehungsweise der Vertrauensmann oder Bezirksleiter auf die gesetzlichen Bestimmungen, betreffend den Kontraktbruch, aufmerksam zu machen. Das Resultat der Abstimmung nebst Stimmzetteln ist mit dem Situationsbericht innerhalb drei Tagen dem Vorstand einzusenden.

Der Vorstand (im Verhinderungsfalle die verantwortliche Verwaltungsbeamten) hat auf Grund des eingegangenen Situationsberichtes unverzüglich zu prüfen, ob Anlaß auf erfolgreiche Durchführung des Ausstandes vorhanden ist. Der Vorstandsbeschluss nebst Verhaltensmaßregeln bei eventuellem Ausstand ist sofort, jedoch spätestens innerhalb einem Tage, an den Bevollmächtigten beziehungsweise den Vertrauensmann abzusenden. Vorher darf unter keinen Umständen die Arbeit niedergelegt werden. Dasselbe gilt auch für Abmehrestreiks.

Die Entscheidungen des Vorstandes sind unter allen Umständen für die betreffenden Mitglieder bindend; wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so verzichten dadurch die Mitglieder auf jedwede Unterstüßung.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 3 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf: der Klempner Otto Lönnes, geb. am 7. Buch-Nr. 550 453, wegen unfollegalischen Verhaltens.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gevelsberg: der F. Fris Fischer, geb. zu Gevelsberg, Buch-Nr. 498 708, wegen Unterstüßung von Verbandsgegnern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gamm: der Schleifer Heinrich Weber, Buch-Nr. 528 567, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Tschoc: der Schlosser Johannes Rohr, geb. am 27. April 1872, Buch-Nr. 555 342, wegen Verzug und Urkundenfälschung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kiel: der Schlosser Ludwig Billhöft, geb. am 27. November 1850, zu Kiel, Buch-Nr. 438 794, wegen unfollegalischen Verhaltens.

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Hadeberg: der Metallbrüder Hermann Bohl, geb. am 12. November 1893 zu Hadeberg. Buch-Nr. 485 084, wegen unkollegialen Ver-

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Reutlingen: der Former Karl Binstag, geb. am 6. August 1885 zu Ravensburg. Buch-Nr. 905 668, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern. Wegen sie betreffender Klänge auf Ausschluß beziehungs-

weise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: Von der Verwaltungsstelle in Wochum dem Schlosser Hermann Edelbrud, geb. am 23. August 1873 zu Eberfeld, Buch-Nr. 527 486, Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Von der Verwaltungsstelle in Bremen dem Kesselschmied Hermann Corleisen, geboren am 24. März 1881 zu Hamburg, Buch-Nr. 338 897, unkollegiales Verhalten.

Von der Verwaltungsstelle in Pinneberg dem Adolf Petersen, geb. am 22. April zu Lübeck, Buch-Nr. 440 878, Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nöte-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Feilenhauern, Feilenschleifern und Feilenschmiedern nach Berlin v. St.; von Feingoldschlegelern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Bärenschanzstr. Jean Rieß, Fürtherstr.; Michael Weiser, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); von Formern und Eisengießerarbeiten nach Altenburg (Otto Köhler & Co.) H.; nach Berlin; nach Friedland i. M. (Friedländer Eisenwerk) M.; nach Hirschberg (Heine & Seifert) M.; nach Kiel-Gaarden (Vollert & Merkel, Gaardener Eisengießerei) St.; nach Neumünster (S. Vollert) D.; von Klempnern und Installateuren nach Hannover, St.; nach Straßburg i. E., St.; von Klempnern nach Hauken L.; nach Plauen i. V., L.; nach Metallarbeitern aller Branchen nach Köln-Ehrenfeld D.; nach Grimmitzschau (Pippig) M.; von Metallschlägern nach Fürth; von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Schreyer) St.; (Sturm) St.; von Schleifern nach Schwelm (Wever und Klopheus) St.; von Schmiedern nach Mannheim (Ranz) St.; von Zinngebern nach Nürnberg.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; N.: Maßregelung; Ni.: Mißstände; H.: Lohn- oder Afford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Aus den Agitationsbezirken.

III. Bezirk.

Quittung über die vom 9. Mai bis 22. Juli 1903 erhaltenen Beiträge auf Mainmarken: Anklam M. 3,25. Brandenburg 1,75. Cottbus 11. Eberswalde 11. Esterwerba 6,50. Fürstentum 32,75. Frankfurt 3,75. Finsterwalde 7. Fouß 8. Friedland 7,50. Gütstrom 1. Gassen 24,25. Greifswald 7,50. Guben 1. Köpenick 23,25. Köslin 6,25. Landsberg 8,50. Luckenwalde 26,75. Lübz 5. Löchnitz 5. Namowes 24,75. Neustadt 2,75. Neu-Muppin 7,50. Potsdam 8,50. Prenzlau 0,75. Rostock 1. Reppen 5,78. Sorau 3,50. Schwiebus 7,50. Stettin 48,75. Stralsund 25. Torgelow 4. Vetschau 10,25. Werder 7,50. Wriezen 1. Wismar 13. Wittenberge 0,50. S. Mohrlad.

Die Wichtigkeit bescheinigen die Revisoren: Robert Jual. Herm. Hammiger. Wilh. Lüble. G. Hoppich.

Korrespondenzen.

Former.

Limbach i. S. In der Eisengießerei der Herren Langer legten von 14 dort beschäftigten 12 Mann die Arbeit nieder, da ihnen für den Zentner Guß 5 Pf. weniger gezahlt werden sollte. Es ist dies die Gießerei, in der schon im letzten Winter die Former in den Streit getreten waren. Es ist dort schon mehrfach zu Differenzen gekommen. Von dem letzten Streik her sind zwei Former zur Anzeige gebracht worden; einer wurde zu zwei, der andere zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie dieses Eldorado meiden.

Klempner.

Erfurt. Als ein Paradies für die Klempner könnte man nach der am 18. Juli abgehaltenen öffentlichen Klempnerversammlung die Stadt Erfurt ansehen. Die Ortsverwaltung der Klempner hatte sich die Aufgabe gestellt, die uns noch fernstehenden Kollegen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband hereinzubringen und sie hoffte auch auf die Unterstützung der organisierten Kollegen. Leider ist sie bitter enttäuscht worden. Die Kollegen scheinen lieber in die Vergnügungsvereine zu gehen als in ihre Berufsversammlungen. Wie hätte es sonst vorkommen können, daß in einer Stadt, wo circa 300 Klempner arbeiten und 65 davon organisiert sind, eine Versammlung zu stande kam, die nur von 40 Kollegen besucht war? Trotz alledem war die Versammlung nach dem Referat des Kollegen Fromm-Leipzig über die Kämpfe der Gewerkschaften von Erfolg gekrönt. Es meldeten sich mehrere Kollegen an, von denen wir wissen, daß sie auch aus Überzeugung und nicht einer momentanen Begeisterung folgten. Doch nun, Kollegen, ein ernstes Wort. Habt ihr denn die Ertragenschaften vom Jahre 1900 vergessen? Habt ihr vergessen, daß die jetzt hier bestehenden besseren Verhältnisse gegen früher nur allein dem Verband zu verdanken sind? Merkt ihr nicht, wie die Meister und Fabrikanten tagtäglich die Löhne reduzieren! Die letzten größeren Ausstände der Klempner in Berlin und Bremen haben uns gelehrt, was Einigkeit zu stande bringt. Es ergeht an euch, ihr Erfurter Kollegen, nochmals die Aufmunterung, in den Verband einzutreten, nur da könnt ihr eure Berufsinteressen wahren, da könnt ihr euch schützen vor Notfällen. Die Ortsverwaltung wird trotz aller mißlichen Erfahrungen den Pfad weiter wandeln, den sie eingeschlagen hat. Aber dazu ist vor allen Dingen die Unterstützung durch die Kollegen und fleißiger Besuch der Mitgliedsversammlungen erforderlich. Wenn die Kollegen dieses beherzigen, dann wird auch für uns hier wieder eine bessere Zeit anbrechen.

Rechenheim a. M. Seit nahezu drei Jahren wurden die Spalten der Metallarbeiter-Zeitung von uns nicht mehr in Anspruch genommen, obwohl manchmal genügende Gründe dazu vorhanden waren. Heute sind wir jedoch genötigt, uns über die Ereignisse der letzten Zeit etwas auszulassen. Namentlich die Blechemballagen-

fabrik von Edel & Diefenbach gibt uns hierzu die größte Veranlassung. In diesem Betrieb ist seit einiger Zeit auch die Frauenarbeit eingeführt worden. Hauptächlich wegen des schweren Zustände in dieser Fabrik etwas näher zu veranschaulichen. Ein im verschlupft haben. Aber wir hielten es noch weiter für unsere Pflicht, die Arbeiter und Arbeiterinnen zu einer gemeinsamen Werktaube aber durch den Werkführer, Herrn Aul, verweigert, indem er was ihm auch fast vollständig gelang, sodas die Besprechung nicht zu wesenden Kollege Korb beauftragt, Herrn Diefenbach die Besprechung seiner Arbeiter vorzubringen. Am 8. Juni wurde jedoch weil man ihn als Hauptarrangeur, was nicht der Fall war, befrachtete. Zu allen diesen Vorlesungen nahm eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, die am 14. Juli abgehalten wurde, Frankfurt, übernommen. Dieser schilberte namentlich die großen wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart, die großen Streiks und die großen mächtiger Arbeiterorganisationen zu begründen. Redner erntete für seine vorzüglichen Ausführungen lebhaften Beifall. Redner der Diskussion kam nun Kollege Korb auf die Mißstände in der Fabrik von Edel & Diefenbach zu sprechen. In der Fabrik fehlt es an der nötigen Maschinenvorrichtung. Für 35 Personen heiber Geschlechter ist eine Waschgelegenheit vorhanden. Letztere ist inwischen vergrößert worden, also ein kleiner Fortschritt. Für das die Arbeiter und die Meister sind gezwungen, auf den mit Lötlwasser und Salzsäure beschmutzten Werkstücken ihr Essen einzunehmen. Mangelhaft ist auch die Garderobe, die ersetzt wird durch das Aufhängen an die in die Wand geschlagenen Nägel. Die Hausapotheke hängt viel zu wünschen übrig, was zur Folge haben kann, daß bei einem etwa eintretenden Unfall das Verbandsmaterial nicht schnell genug zur Hand ist. Die Krone aller Mißstände ist jedoch die gleiche Arbeit leisten sollen wie die Arbeiter, obwohl sie bloß die Hehner mit Herrn Aul im Gericht, der sich nicht scheute, den Arbeiterinnen das Schmeiden der Lötlöfen anzulernen. Welche bei derartigen Beschäftigungen zu erleiden? Alle die vorgebrachten Mißstände einzeln hier aufzuführen, ginge zu weit, hoch dürften auch die erwähnten schon genügen, um ein klares Bild zu gewinnen. Statt an eine Abstellung der traurigen Verhältnisse in seinem Betrieb zu denken, hat Herr Diefenbach am Freitag den 17. Juli unseren Verbandsmitgliedern gekündigt, oder sie sollten ihren Auslaß aus dem Metallarbeiter-Verband erklären. Das haben jedoch alle verweigert und ist somit die Aussperrung perfekt. Ob aber Herr Diefenbach durch sein gewaltsames, aller Gerechtigkeit hohnsprechendes Vorgehen den gewünschten Erfolg hat, das möchten wir jedoch sehr bezweifeln. In der Achtung seiner Mitbürger dürfte er jedenfalls nichts gewonnen haben. Den hiesigen Kollegen rufen wir aber jetzt zu: schließt euch Mann für Mann der Organisation an, um derartigen Zumachungen gebührend entgegenzutreten zu können. Die reisenden Kollegen bitten wir, diese Bude zu meiden, bis sich die Verhältnisse gebessert haben, und jeden Zuzug fernzuhalten.

Amnau i. Th. Der Metallwarenfabrikant Julius Wienert sucht fortwährend in den Zeitungen Erfurt und Gotha sowie im Deutschen Arbeitsmarkt tüchtige Leute der Metallbranche. Speziell und dauernder Beschäftigung. Wenn die Leute hier sind und acht Tage gearbeitet haben, macht Herr Wienert allerlei Schiebungen beim Lohnausmachen, indem er ihnen vorredet, die geleistete Arbeit sei minderwertig. Er drangsaliert die Leute so lange, bis sie gerne wieder gehen. Der Lohn wird niemals pünktlich ausgezahlt, die Gehilfen müssen oft bis 7 Uhr abends warten und sich noch allerlei Grobheiten sagen lassen. Es wird in dieser Mutterbude ungefähr zur Hälfte in Lohn gearbeitet, dieser beträgt für Klempner 20 bis 32 Pf. pro Stunde. Überstunden- und Sonntagsarbeit ist häufig zu leisten. Wenn die Leute ihren Afford fertig haben und ihn mit Herrn Wienert verrechnen wollen, hat dieser „keine Zeit“ und schiebt es von einem Sohntag zum anderen. Da diese Mißstände sehr überhand nehmen, haben die Kollegen am 15. Juli eine Werkstellerversammlung abgehalten und folgende Beschlüsse gefaßt: Die überstunden sollen wegsfallen, in dringenden Fällen werden sie geleistet, jedoch mit 15 Prozent Zuschlag. Die Sonntagsarbeit ist nicht mit 50 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Die Affordarbeit ist möglichen Lohnauszahlung muß geregelt werden u. s. m. Es wurde ein Schriftstück aufgestellt, worin die Mißstände näher beleuchtet wurden, und dieses Herrn Wienert durch eine Werkstellerkommission am 18. Juli vorgelegt. Herr Wienert hat sich aber darüber noch nicht schlüssig gemacht. Wir ersuchen die Kollegen, diese Fabrik zu meiden.

Metallarbeiter.

Berlin. Die „objektiven Berichte“ im Regulator sind einfach gottlos. Die letzte Nummer erzählt einmal wieder Ammenmärchen aus Berlin. Bei der Firma Schirmer, Blau & Comp. sollen die Arbeiter in einer Werkstattbesprechung erklärt haben, sie könnten ihre Angelegenheiten ohne Vertreter der Organisation regeln. Das stimmt nicht ganz, lieber Regulator. Die Arbeiter haben, als ihnen ein Vorstandsmittelglied vom Gewerbeverein einen Vortrag aufdrängen wollte, erklärt, sie verzichteten auf den Vortrag und wollten lieber den Saal verlassen als sich von einem Mitglied des Gewerbevereins etwas erzählen lassen. Überhaupt brauchen sie zur Regelung ihrer Angelegenheiten nicht einen Vertreter einer solchen Organisation wie der Gewerbeverein es ist! Jeder Vertreter einer wirklichen Arbeiterorganisation betrachten sie den Gewerbeverein nicht. Die Kollegen der Firma ersuchen uns, dies in der Metallarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen, damit keine falsche Meinung über die Werkstatt bestehen bleibt. Was der Regulator von den Erklärungen unseres Kollegen Pagels faselt, ist dermaßen verdreht, daß man, ohne zu überstreben, wohl sagen kann: Der Mann, der die Notiz geschrieben wollte dem Kollegen Pagels eins anhängen, und weil die wirklich gemachten Ausführungen keine Handhabe dazu boten, griff der brave Mann zum Mittel des „Auf-den-Kopf-Stellens“. Das über Cohen in dem Artikel Gesagte erweist sich sofort als Quatsch, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß Cohen in nächster Zeit gar nicht zur Wahl steht. Damit erübrigt es sich, auf das Unnütze dieser Bemerkung überhaupt weiter einzugehen. Bezüglich des Kollegen Plath möchten wir bemerken, daß der Kollege nicht Vorsitzender der Sektion der Former sein kann, weil eine solche Sektion nicht besteht. Außerdem wäre eine solche Erklärung einfach Unfug, und dessen ist der Kollege Plath nicht fähig. Petit G.

Berlin. Aus Brandenburg bringt die Nr. 30 des Regulator eine Notiz, die alles andere, nur nicht wahrheitsgemäß ist. Zwei Hirsche aus Berlin da war. Von 600 stellen die drei aber doch nicht die Mehrheit dar. Schmerzlich mag es ja sein, wenn man in der Weise, wie es Herrn Lemke passierte, von der Versammlung als Kommissionsmitglied abgelehnt wird. Wir können Herrn Lemke den Schmerz nachfühlen. Abgesehen von der Wahrheit die Ehre: Es waren nicht 4 Stimmen, die auf Herrn Lemke fielen, sondern 5 Stimmen, hat er erhalten. Eine Unerschämtheit erlaube ich Herr Lemke, indem er in der Versammlung erklärte, sie, die Hirsch-Dunderfischen, hätten bereits eine Kommission unter sich gewählt und Herr Lehmann würde mit keiner anderen als dieser Kommission verhandeln. Die Versammlung ließ sich allerdings nicht betören, sondern wählte eine Kommission aus ihrer Mitte. Und bei dieser Wahl fielen die Freunde des Herrn Lemke so glatt ab, daß es eine Freude war. Wertwärtigerweise hat Herr Lehmann mit dieser Kommission ohne

weiteres verhandelt, sodas man wohl annehmen kann, dem Herrn hat die Behauptung, Lehmann verhandelt mit keiner anderen als der von Herrn Lemke empfohlenen Kommission, sich aus den Klagen gelogen. Die Ausführungen des Herrn Lemke in der Versammlung sollen von einem großen Teile der Anwesenden für gut befunden worden sein. Dabei waren es gerade die Ausführungen, die Herrn Lemke einen solchen Reifall bei der Kommissionswahl bereiteten. Die Ausführungen bestanden darin, daß Herr Lemke den Firmeninhaber in Schutz nahm (allerdings in ungeschickter Weise, indem er den Mann als „überfordbelle“ hinstellte) und dem Genossen Ebel vorwarf, er hätte eine Billa am Hirsch-See. Wie jeder zugeben wird, wundervolle Ausführungen. Übrigens wird in dem Artikel noch ein wenig geschmiert, man will sich bei dem Herrn Lehmann ein wenig anvertrauen. Eine Antriebsstelle gefällig, Herr Lemke? A. Cohen.

Dresden. Ein wirkliches Muster von einem Unternehmer ist Herr Schmalzeder, Besitzer einer Metallbrückeri in der Rosenstraße. Schon oft beschäftigten wir uns mit dem Herrn, aber er will sich nicht bessern. Vor kurzer Zeit legte ein Drücker, der schon einige Jahre bei ihm beschäftigt war, die Arbeit nieder. Herr da dieser Arbeiter bei ihm gelernt hatte. Der gebildete Herr Schmalzeder machte mit folgenden Worten seinem Herzen Luft: „Hält' ich dich Kaufungen gar nicht erft angehen!“ Das Wort führt auch sehr oft die Frau Schmalzeder. In diesem Falle meinte sie: „Ich werde dafür sorgen, daß Sie in Dresden keine Arbeit bekommen und von hier fort müssen.“ Herr Schmalzeder telefonierte auch sofort an eine andere Firma, damit diese den Drücker nicht etwa einstelle. Aber die Werkstatt des Herrn Schmalzeder ist in Dresden schon so bekannt, daß sich kein Unternehmer darnach richtet. Jeder Drücker meidet sie, weil es eine sogenannte Wirtsbude ist. Wenn ein Gehilfe eine Arbeit erhält, so weiß er oft nicht, ob er in Afford oder Lohn steht. Wenn dann einige Zeit daran gearbeitet ist, wird ihm der Preis für die Arbeit mitgeteilt. Oft kommt es vor, daß, wenn ein Arbeiter recht mürrig, Herr Schmalzeder erklärt, die Arbeit werde in Lohn gemacht. Geht ihm die Sache zu langsam, dann erklärt er, sie sei Afford. Die Behandlung ist derart, daß wir auch ihretwegen die Kollegen warnen, in der Bude Arbeit anzunehmen. Falle niemand hinein, denn Herr Schmalzeder sucht in allen Zeitungen Metallbrücker.

Dresden. Die Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaft hatten am Sonnabend den 18. Juli eine öffentliche Versammlung in der Goldenen Krone in Klein-Bischdorf arrangiert, zu der auch neben den circa 80 bis 40 Gewerkschaften circa 160 Mitglieder der Gewerkschaften erschienen waren. Es handelte sich, wie dem Regulator, dem Organ der Gewerkschaften, zu entnehmen war, um eine „Abrechnung“ mit dem Metallarbeiter-Verband. In Wirklichkeit hatte sie wohl das böse Gewissen wegen des schmachvollen Verhaltens der Berliner Verwaltung beim Streik der Metallarbeiter, der Firma Westlich in Berlin zu der Veranstaltung der Versammlung getrieben. Herr Berndt-Dresden hielt einen Vortrag über die Notwendigkeit der Berufsorganisation, dessen erster Teil von jedem Gewerkschaftler unterschrieben werden konnte. Er kam zu dem Schlusse, daß nur starke Organisationen die Lage der Arbeiter verbessern könnten. Der letzte Teil aber bewegte sich in mehr oder minder verdeckten Angriffen auf die Gepflogenheiten der Gewerkschaften im allgemeinen und des Metallarbeiter-Verbandes im besonderen. — Genosse Niemand erkannte zwar sein Einverständnis mit dem ersten Teile des Vortrags an, wies aber dann an der Hand der statistischen Materials nach, daß nur die modernen Gewerkschaften als starke Organisationen angesehen werden könnten, nach Leistungen und Erfolgen. Er vertheidigte dann die Taktik der modernen Arbeiterbewegung, eventuell auch auf das letzte Mittel im gewerkschaftlichen Kampfe, die Arbeitseinstellung, nicht zu verzichten, wenn auf dem Wege friedlicher Vereinbarung, den er und die Gewerkschaften natürlich vorziehen, nichts zu erreichen sei. Er empfahl zum Schlusse seiner Ausführungen unter stürmischem Beifall und teilweisem Widerspruch den Anschluß an die Gewerkschaften, die in Wirklichkeit neutral seien, in dem sie eben aufnehmen, der seine Pflicht im gewerkschaftlichen Kampfe tun wolle ohne Rücksicht auf seine politische Anschauung. — Dann kamen zwei Redner zum Worte, Mitglieder des Gewerbevereins, die ein konfuses Zeug zusammenschwangen und die unglücklichsten Dinge von der modernen Arbeiterbewegung behaupteten. Herr Berndt — dem Bureau — das merkte man deutlich — wurde schwül bei den „Reden“ ihrer Leute. Ein dritter Redner suchte das statistische Material des Genossen Niemand anzugreifen und regte sich ganz überflüssigerweise über den Kampfscharakter der Gewerkschaften auf. Er hatte offensichtlich die Ausführungen des Niemand misverstanden. Der Vertrauensmann des Metallarbeiter-Verbandes in Wittenberg stellte die Leistungen der Organisationen auf dem Gebiet des Unterstützungswezens gegenüber und ging dann des näheren auf die Berliner Streikaffäre ein. — In dreiviertelstündiger Erwiderung suchte Herr Berndt — im Gegensatz zu seinen zum Worte gekommenen Debatteuren in streng sachlicher Weise und ohne Unfälle — die Berliner Vorgänge zu beleuchten, ohne indes das Vorgehen der Zentralleitung zu verurteilen. Genossen Niemand gelang es kurz vor 12 Uhr, auf einige Minuten das Wort zu erhalten. Nachdem er die teils lächerlichen, teils unerfahrenen Ausführungen der Hirsch-Dunderfischen Debatteure mit einigen satirischen Bemerkungen abgetan, stellte er die Kernfrage: Willigen die hiesigen Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften das Vorgehen ihrer Berliner Verwaltung im Falle der Mehlch oder nicht? Von der Beantwortung dieser Frage würde es abhängen, ob ein Zusammengehen bei Lohnbewegungen überhaupt noch möglich sei. Der Vorsitzende der Versammlung erklärte, die Frage jetzt noch nicht beantworten zu können. Die hiesigen Gewerkschaften wollten erst die Entscheidung des Berliner Gewerbevereins abwarten, das anrufen sei, und dann ihre Entscheidung treffen. Auf Aufforderung des Überwachenden mußte der Vorsitzende dann die Versammlung schließen, da schon einige Minuten über die Zeit (!) gelaugt worden sei. — Ob die Gewerkschaften mit dem Erfolg ihrer Versammlung zufrieden sind? Wir glauben es nicht.

Emden. Im Laufe dieses Jahres soll hier eine große Schiffswerft mit einem Schwimmdock eröffnet werden. Dadurch werden viele Kollegen veranlaßt werden, ihre Schritte nach hier zu lenken. Wir glauben jedoch, daß sie in ihren Erwartungen furchtbar enttäuscht werden. Die Miet- und Logispreise sind hier gerade so hohe wie in den Großstädten, während der Stundenlohn zwischen 18 und 36 Pf. schwankt. Insbesondere ersuchen wir die Klempner, Planierer, Stanzler und Verzierer, auf die Arbeitsangebote der Firma S. Bartels & Co. nicht einzugehen. Diese Fabrik fabriziert hauptsächlich Wassereigeräte; sie beschäftigt, wie wir erfahren haben, drei Arbeiter, die fast sämtlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören, durch Unorganisierte zu ersetzen, so daß uns in der nächsten Zeit ernste Differenzen bevorstehen. Es wird größtenteils in Afford gearbeitet. Das Werkzeug ist miserabel. So müssen sich behelfen, und dieser ist aus einer alten Feile zurechtgeschmiedet. Schutzvorrichtungen und Ventilation sind mangelhaft, die Luft in der Verzimmerei ist schrecklich. Die Behandlung durch Herrn Bartels läßt vieles zu wünschen übrig, und beim Auszahlen des Affordlohns herrscht oftmals eine große Vergeßlichkeit, natürlich zum Nachteil der Arbeiter. — Ein anderes Schmerzenskind ist die Maschinenfabrik Wilh. Heuers Söhne. Auf circa 25 Arbeiter kommen zwei Ingenieure, ein Werkmeister und ein Buchhalter. Besonders liegt die bei dieser Firma bestehende Unterstützungsstelle den Arbeitern an Magen. Obwohl die Kollegen jede Woche dazu Beitrag bezahlen müssen und die nicht wenigen Strafgelehrer hinzukommen, ist in den drei Jahren des Bestehens noch nicht einmal abgerechnet worden. Auch in diesem Betrieb läßt die Behandlung vieles zu wünschen übrig. Doch könnten da die Kollegen vieles bessern, wenn sie sich der Organisation anschließen würden. Die Klempner, Verzierer und Planierer möchten wir aber noch besonders ersuchen, die Firma Bartels nicht mit Arbeitsangeboten zu befristigen, damit wir zu gegebener Zeit die hiesige bestehende Mißstände beseitigen können.

Queblinburg. Zimmer schlechter werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Metallarbeiter. In den meisten Betrieben herrscht eine Willkür in der Behandlung wie nie zuvor. So wird zum Beispiel nicht danach gefragt, ob ein Arbeiter Überstunden machen will oder nicht, es wird einfach bekannt gemacht: Bis auf weiteres wird bis 8 Uhr abends (oder noch länger) gearbeitet. Wenn die Arbeit fertig ist, dann können die Arbeiter wieder kürzere Zeit arbeiten oder es werden etliche von ihnen unter nichtsfahenden Gründen abgeschoben. Ebenso ist die Bezahlung der Arbeiter eine willkürliche. Da wird meistens nicht mit dem Arbeiter vorher vereinbart, wieviel für ein Stück Arbeit bezahlt wird; es wird von oben herab ein Preis festgesetzt oder beim Rechnen gesagt: So viel gibt es dafür und wenn das nicht paßt, der kann gehen. Hat man dann die Woche über geschuftet und denkt am Sonnabend ein paar Groschen herauszubekommen, dann geht man mit dem fargen Tagelohn oder noch weniger zu Hause. Die Hauptschuld trifft natürlich die Kollegen selber, denn es herrscht eine Gleichgültigkeit sondergleichen unter ihnen. Ja, einzelne arbeiten sogar gerne Überstunden, sie denken, man muß mitnehmen, was mitzunehmen ist. Daß sie sich dabei selber schaden und der Allgemeinheit erst recht, das können oder wollen sie nicht begreifen. Kollegen! Um diesen und anderen Missetänden abzuhelfen, ist es nötig, daß wir für jede Werkstatt einen Vertrauensmann ernennen, der die einzelnen Missetände genau feststellt, die dann in Sitzungen besprochen werden und auch Maßregeln zur Abwehr getroffen werden können. In den letzten Versammlungen ist dies auch schon wiederholt angeregt worden; leider waren diese Versammlungen so schlecht besucht, daß keine festen Beschlüsse gefaßt werden konnten. Einzeln können wir nichts ausrichten, nur dadurch, daß wir die Versammlungen zahlreich besuchen, um uns gegenseitig kennen zu lernen und über die Verhältnisse auszusprechen, können wir etwas erzielen. Darum auf in die Versammlungen!

Mathesow. In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges haben die Unternehmer fortwährend und allwärts das Bestreben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. In mehreren hiesigen optischen Werkstätten haben denn auch die Arbeiter die Kräfte, deren Höhe anscheinend überschritten ist, am Geldbeutel verspüren müssen. Obwohl sie zum Teile gut organisiert waren, mußten sie sich darauf beschränken, die Lohnreduktionen abzuschwächen, was ihnen in den meisten Fällen gelang. Aber in den Werkstätten, wo das nicht gelang, wurde eine Resolution angenommen, die darin gipfelte, daß die Arbeiter bei „anziehender“ Konjunktur die Scharte wieder auszuheben werden. Wir bitten die Kollegen, alle diese Werkstätten bei einem etwaigen Arbeitswechsel schärf ins Auge zu fassen. Erwähnenswert ist die Differenz bei dem Goldwarenfabrikanten Rosinsky. Dieser mitete den bei ihm beschäftigten Arbeiter einen Abzug, verbunden mit Teilarbeit, zu Die Arbeiter hatten prinzipiell nichts gegen die Teilarbeit einzuwenden, die Preisberechnung war aber derart, daß die Arbeit ohne technische Veränderungen pro Dutzend um 1,20 Mk. billiger werden sollte. Als die Arbeiter dagegen protestierten, wurden sie vom Meister gefügig. Ein Verhandeln der Verwaltung mit dem Unternehmer führte zu keinem Resultat. Bemerkenswert ist die Ansicht des Unternehmers, der äußerte, daß er wohl jetzt noch die alten Preise zahlen könne, aber nach dem 1. Oktober, nach dem Einzug in die neue Werkstätte (die hoffentlich ein etwas menschlicheres Aussehen haben wird als die jetzige), wo er mehr für Miete, Heizung und Beleuchtung rechnen müsse, nicht mehr. Diese Mehrkosten könne er doch nicht allein tragen. Die Arbeiter waren mit dieser „Teilung“ nicht einverstanden, der Unternehmer mußte wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und die alten Preise weiterzahlen. Wieder ein Beweis, daß die Arbeiter durch die Zusammenziehung Vorteile erlangen können. Wägen sich die übrigen Arbeiter daran ein Beispiel nehmen. Bei der Firma Busch, Aktiengesellschaft, wurde anfangs Juli den Drehern, die bislang auf Tritte arbeiteten, 25 Prozent für Affordarbeit gekürzt, weil sie jetzt die „Schre“ haben, ihre Drehbänke durch Dampf getrieben zu sehen. Da aber die Dreher so gut wie gar nicht organisiert sind, mußten sie, wenn auch mit geballter Faust in der Tasche, dies ruhig über sich ergehen lassen. Es war das nicht das erste Mal, daß abgezogen wurde und wird auch wohl, wenn die Kollegen sich nicht organisieren und dem Deutschen Metallarbeiter-Berband anschließen, nicht das letzte Mal sein. Erwähnt sei noch, daß die Firma den Aktionären für ihre „mühsame Arbeit“ 9 Prozent (im vorigen Jahre 8 Prozent) Dividende in den Schoß legen kann. Wie lange werden die Arbeiter aus ihrer Haut noch Niemen schneiden lassen? Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Mathesow-er Gießerei und Landwirtschafflichen Maschinenfabrik von Otto Schmidt bedürfen eines besonderen Artikels und werden mir diesen in Kürze Zeit bringen. Die Metallarbeiter werden gebeten, dieses Geschäft nordwärts zu meiden, da die Kollegen wegen Abstellung der groben Missetände mit der Fabrikleitung in Unterhandlung stehen.

Mittelheim. In der Opelschen Nähmaschinen-, Fahrrad- und Motorwagenfabrik bestehen Zustände, die der Öffentlichkeit nicht mehr länger entzogen werden dürfen, da die Firma fortgesetzt auswärts Lunte sucht. In der Opelschen Fabrik sind circa 900 Personen beschäftigt, darunter 100 Arbeiterinnen und 80 bis 90 Lehrlinge. Von den Lehrlingen ist auch eine Anzahl unter 14 Jahre alt, die man 10 Stunden zur Arbeit angehalten hat. Seitdem unser Vertrauensmann, der Gemeinderatsmitglied ist und im Interesse der Gemeinde gegen ein Gesuch der Firma Opel gestimmt hat, gekündigt und entlassen wurde, erachtet man sich, daß ein Gesetz besteht, wonach Jugendliche unter 14 Jahren nicht länger als 6 Stunden pro Tag beschäftigt werden dürfen. Früher wurde diese Bestimmung wohl teilweise gehalten, aber nun dann, wenn der Fabrikinspektor kam. Seit Abzug am Afford nimmt es gar kein Ende, alle 14 Tage treten neue Abzüge ein. Wenn Arbeiter in 14 Tagen einmal vorzeitig bleiben, so sind sie schon gütlich. Besonders in der Schloßerei und Dreherei suchen sich die Herren Werkmeister einander den Haug abzuhauen. Ja, man hat es schon soweit gebracht, daß dem Arbeiter die Ferkwolle, die er braucht, angerechnet wird. Wenn es ein Arbeiter wagt, sich gegen die Abzüge zu beschweren, so kann er gleich hören: „Dann gehen Sie nach lassen es liegen.“ Arbeiter, die das 25. Arbeitsjubiläum schon gefeiert haben, verdienen in 14 Tagen 29 bis 34 Mk., junge gelehrte Arbeiter erhalten in 14 Tagen 22 bis 30 Mk. Die Firma läßt wohl immer noch außen hin verkünden, daß bei ihr viel Geld verdient würde und wie sie für das Wohl der Arbeiter Sorge. Daß einige da sind, die in 14 Tagen 60 Mk. verdienen, ist richtig, aber das sind die sogenannten kleinen Meister, die nur auf Kosten der ihnen unterstellten zu diesem Betrag kommen, so in der Montage für Eingradmaschinen. Da sind 14 kleine Meister, denen circa 20 Arbeiter, 10 Arbeiterinnen und 14 Lehrlinge unterstellt sind. Diese erhalten durchschnittlich im Afford 16, 10 und 8 Mk. pro Woche bei elfstündiger Arbeitszeit. Wie man gegenüber den Arbeitern die Abzüge motivieren will, zeigt folgender Fall: Auf die Beschwerde eines Arbeiters in der Nähmaschinenabteilung jagten Herr Billy Opel und der Betriebsleiter Klingelhöfer: „Seht nach, was die Maschine und erkrankt euch dort, da sind die Affordpreise noch niedriger als bei uns.“ Ich zahlte euch die Fahrt und gebe euch noch Gehalt mit.“ Ein Arbeiter machte davon Gebrauch, es wurden ihm von Herrn Opel 20 Mk. verbucht und von Herrn Klingelhöfer ein Brief angedrückt, den er in Karlsruhe abgeben sollte. Der Arbeiter wurde dort eingekerkert, er gab den Brief ab und am anderen Tag wurde ihm mitgeteilt, daß für ihn keine Arbeit mehr vorhanden sei. Er dumpfte nun nach Mittelheim zurück. Auch hier wurde ihm erklärt, daß keine Arbeit mehr für ihn vorhanden sei. Das in dem Briefe gestanden hat, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Das Strafgebot wird streng gehandhabt, am Eingang steht morgens und mittags auf der einen Seite der Portier, auf der anderen der Meister Klingelhöfer. Sobald um 6 oder 1 Uhr das Signal ertönt, werden die Tore geschlossen. Nun kommen die Arbeiter hundemeterweit, bei Wind und Wetter, kommen sie nur ein wenig zu spät, so müssen sie auch noch eine Viertelstunde auf der Straße stehen bleiben. Wie das Strafen getrieben wird, zeigt die Tatsache, daß ein Lehrling schon bis zu 30 Mk., ja, schon bis zu 60 Mk. Strafgelder abgezogen wurden. So streng die

Handordnung gehandhabt wird, so schlecht steht es aber in anderer Beziehung in der Fabrik aus. Über den Ankleideraum für die Arbeiterinnen und die Abortanlagen könnte man gar viel schreiben; es wäre höchste Zeit, daß der Herr Gewerbeinspektor einmal eine gründliche Revision vornimmt. Die Firma sagt selbst, daß die von auswärts gekommenen Arbeiter nicht lange bei ihr aushalten. Das ist bei den Verhältnissen leicht zu glauben. Ein organisierter Arbeiter kann sich bei solchen Verhältnissen nicht lange halten. Darum faßt auch hier die Organisation, die zur Beseitigung solcher Missetände notwendig wäre, keinen tiefen Boden, denn die Arbeiter werden hier schon als Kinder förmlich an den Fabrikanten verpackt. Und wehe, wenn einmal ein junger Mann so reif wäre und die Fabrik verlassen würde, dann bekämen auch gleich sein Vater und Großvater Feuerabend. Trotzdem wünscht die Firma, daß die Arbeiter immer noch Doppelräder und Singernähmaschinen kaufen.

Schwerte a. d. Ruhr. Herr Gleichauf hat sich von Berlin gedrückt und versucht in Rheinland und Westfalen die Gewerksamer, die gegen die Selbstentaten der Generale in Berlin protestieren, zu beruhigen, indem er ihnen die Notwendigkeit seines Vorgehens bei Mehllich plausibel zu machen sucht. In Düsseldorf, wo er sein Licht leuchten lassen wollte, hat man ihm bedeutet, daß er dort überflüssig wäre. Wir sprechen ihm unser Beileid aus. Auch in Schwerte war er und predigte, daß die Organisationen sich nähern sollten. Es ging nicht klar aus seinen Ausführungen hervor, ob er die Arbeiterorganisationen meinte, oder ob der Gewerksamer sich mehr den Unternehmerorganisationen nähern sollte. Denn eigentlich hörte es sich an, als er vom Zusammengehen redete und dabei auf die „sozialdemokratischen“ freien Gewerkschaften Seitenhiebe aussteuerte. Gleichauf dachte gewiß, er wäre ohne Kontrolle, allein unser Kollege Spiegel, der eine Sitzung mit den Einzelmitgliedern des Verbandes hatte, ging früh genug in die Versammlung zu Gleichauf. In der Diskussion ging Spiegel zunächst in scharfer aber sachlicher Weise auf die Ausführungen Gleichaufs ein, insbesondere auf die schiefen Seitenhiebe, die er wegen der Aussperrung in Hferloh gemacht hatte. Man konnte es Gleichauf anmerken, daß es ihm recht unangenehm war, die Wahrheit hören zu müssen, und seine Verteidigung war auch darnach. Recht unheimlich wurde es ihm zu Mute, als Spiegel unter dem Beifall der Versammlung eingehend auf die Vorkommnisse von Mehllich in Berlin zu sprechen kam. Ein Aufleugnen und Bestreiten gab es da nicht, weil Gleichauf merkte, daß sein Gegner gut über die Helbentat des Herrn Gleichauf unterrichtet war. Seine wichtigsten Ausführungen, die er dem Kollegen Spiegel gegenüber machte, verdienen der breiten Öffentlichkeit bekannt zu werden. Zunächst dankte er für die sachlichen (ihm wohl schwer im Magen liegenden) Ausführungen und bemerkte, daß er das nicht so hätte sagen wollen wie Spiegel es aufgefaßt hätte. Er sagte ja selbst, daß der Verband viel geleistet habe u. s. w. Bezüglich Mehllich meinte Gleichauf: er sei nun das Kamelid, er hätte nicht anders gekonnt, denn als der adelige Vizemeister von Burg, Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins, ins Bureau gekommen sei, hätte er (Gleichauf) in eine Drohsche steigen, um Aufschichtsfahren und den Beschluß des Generalrats auszuführen müssen. Wenn ein anderer den Auftrag bekommen hätte, wäre der das Kamelid. Dann sagte er wörtlich: Was habe ich denn verbrochen? Es sind 20 Mitglieder in die Fabrik hineingegangen durch die annehmbaren Bedingungen, die der Aufsichtsrat unter Ehrenwort mit mir vereinbart hat und dann sind nur 10 Mitglieder durch den Hirsch-Dunderschen Arbeitsnachweis in die Fabrik gekommen. Dies machte doch gegen 450 Streikende nichts aus. — Also wäre es zu empfehlen, daß die Hirsch-Dunderschen in das Statut aufnehmen, daß, wenn irgendwo 450 Arbeiter im Streite stehen, sie verpflichtet sind, 30 Streikbrecher zu liefern. Die Herren brauchen sich da wahrlich nicht zu wundern, wenn sie nach solchen Leistungen dem Spotte der Arbeiter verfallen. Auch Kollege Dümel ging sehr scharf und unjanft mit dem Arbeitswilligengüchter ins Gericht; der arme Mann, der sich von Berlin drückte, weil es ihm dort zu windig wurde, hatte bittere Willen zu schlucken. Nach Dümel bekam plötzlich Gleichauf das Schlußwort, trotzdem noch ein alter Arbeiter sprechen wollte. Gleichauf schimpfte noch etwas und dann war Schluss der Veranstaltung. Schreiber dieses ist noch nicht so alt und erfahren in der Arbeiterbewegung wie Herr Gleichauf, aber das weiß er, wie es bei den Arbeitern, die im Streite stehen, im Innern wohnt, wenn sie einen Streikbrecher sehen. Nun werden von einer Organisation noch solche Elemente gezüchtet!

Wismar. Schon lange wurden die Spalten dieser Zeitung von Wismar aus nicht benutzt. Damit nun die Kollegen nicht glauben, hier sei alles in schönster Ordnung, soll unsere beste Bude etwas beleuchtet werden. Einem Laubenschlag gleich nämlich die Eisen gießerei und Maschinenfabrik von Crull & Co. In der Schloßerei werden Löhne von 23, 20, ja, sogar 18 Pf. pro Stunde bezahlt (der höchste Lohn für Schloffer ist 29 1/2 Pf.), in der Steherei ist es aber noch weit schlimmer. Dort wird den Formern überhaupt kein Lohn gezahlt; es ist deshalb auch sehr oft vorgekommen, daß die neu eingestellten Formern nach zwei Wochen Arbeit (wenn sie solange ausgehalten haben) nicht in der Lage waren, ihr Kostgeld zu bezahlen. Das Ende vom Liede war dann: sie verletzten Koffer, Uhr u. s. w. und räumten so schnell wie möglich das Feld. So hatten dort neulich zwei Formern, die fünf Tage gearbeitet hatten, 6 Mk. und 3,50 Mk. in fünf wackeligen Tagen verdient! Man sollte nicht glauben, daß so etwas in Wismar bei seinen hohen Lebensmittelpreisen möglich ist. Aber man muß bedenken, daß Wismar in Mecklenburg liegt und daß hier das patriarchalische Verhältnis zwischen Herren und Sklaven seine Schatten noch in das gewerbliche Leben fallen läßt. Angesichts solcher Zustände sollte man glauben, daß die Arbeiter dieser Fabrik es begreifen würden, daß sie nur durch strikte Organisation eine Besserung dieser Zustände herbeiführen können. Aber weit gefehlt, denn dem Metallarbeiter-Berband gehören nur wenige Arbeiter dieser Fabrik an, obgleich der Verband sich schon viel bemüht hat, die Leute aufzuklären durch Wort und Schrift. Deso eifriger wird von den Arbeitern der Hirsch-Dundersche Gewerksverein hochgehalten! Warum? Der Arbeitgeber sieht es gerne, ferner, er weiß, daß dies Streikbrecherinstitut ihm nur dienlich sein kann.

Zeis. Schon wieder sind wir gezwungen, die Spalten unserer Zeitung in Anspruch zu nehmen, diesmal, um uns mit der Firma Zimmermann, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Inhaber Karl Apel und August Wösig, zu beschäftigen. Vor 1 1/2 Jahren trat ein Ingenieur namens Lipitz in dieses Geschäft ein. Dieser veranlaßte fast seine ganze Kraft darauf, die Arbeiter ins Sklavenjoch zu bringen. Er änderte in der Fabrikordnung den Patographen, der die gesetzliche vierstündige Rindigung enthält, dahin um, daß die Rindigung nur einen Tag für beide Teile beträgt. Im Reduzieren der Affordläge ist er ein Meister; ob ein Arbeiter etwas verdient oder nicht, das kümmert ihn sehr wenig. Der erste Abzug, den er vornahm, bestand darin, daß er den Leuten, die Schleppschrauben fertigten, ein Jahr am Lohn pro Stück 1,50 Mk. kürzte, ohne einem Arbeiter vorher etwas davon mitzuteilen. Vorher bekamen sie 9,50 Mk. pro Stück. Vier Kollegen hörten darauf zu arbeiten auf. Nun noch etliches über die Reinlichkeit und Ordnung in diesem Betriebe. Kommt zum Beispiel Eisen an, dann wird es ganz einfach in die Werkstelle geworfen, es liegt gewöhnlich einen halben Meter hoch, jedoch die Arbeiter keine Metallarbeiter sein müssen, wenn sie nicht die Füße brechen oder nicht der Transmiffion zu nahe kommen wollen. Was die Reinlichkeit betrifft, so werden sämtliche Werkstätten nur Sonnabends gereinigt, aber auch nur, wenn es nicht mehr zu umgehen ist. Von Oben Karl Apel wurde gesagt, wenn es nicht zur Ordnung gehörte, würden die Werkstätten nicht einmal Sonnabends gereinigt, denn das koste zu viel Geld. Der Abort ist so lange wie Schreiber dieses Artikels dort arbeitet, noch nicht gereinigt worden. Um nun diese Zustände zu befeitigen, fand am 11. Juli eine Werkstättenversammlung statt. Von den 39 beschäftigten Metallarbeitern waren 25 erschienen. Diese kamen dahin überein, folgende Forderungen an die Firma zu stellen: 1. Beseitigung des Affords oder Erhöhung des selben um 30 Prozent, oder Einführung eines dementsprechenden Stundenlohns; 2. Beseitigung des Eisens aus der Werkstelle

und Aufräumen dieser am Mittwoch und Sonnabend; 3. Humanere Behandlung durch den Ingenieur Lipitz; 4. Wahl eines Arbeiterausschusses. Diese Forderungen wurden einstimmig angenommen und am Montag den 13. Juli, 1/2 9 Uhr, den beiden Oben unterbreitet, die sich ankerten, es wäre ihnen sehr lieb, wenn die Arbeiter gleich angingen. Daraufhin legten von den 39 Mann sofort 29 Mann die Arbeit nieder. Davon sind im Deutschen Metallarbeiter-Berband 24 im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein 3 Mann, im Holzarbeiter-Berband 2 Mann. Die Behandlung durch Lipitz und durch Karl Apel spottet jeder Beschreibung. Wir wollen nun einmal sehen, wie arbeiten kann, ob Herr Lipitz oder Herr Apel. Wir ersuchen die Kollegen, besonders Schloffer, Dreher, Schmiede und Holzarbeiter, den Zugang fernzuhalten, denn die paar Mann, die uns in den Rücken gefallen sind, können diese Bude nicht halten. Folgenden Arbeitswilligen sind dort noch in Arbeit: Franz, Hölcher, Starke, Moje, Bremer, Reitsch, Gaudentreifer, Pfeifer, Fahr, Graul, Zaubert, Winkler, Gerhardt.

Zittau. Eine sehr gut besuchte Metallarbeiterversammlung fand am 18. Juli abends im Kaiseraal statt. Die anlässlich des Streiks bei Mehllich & Co. in Berlin entstandenen Differenzen zwischen dem Verband und dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunders) hatten in hiesigen Kollegenkreisen das Bedürfnis nach einer gründlichen Erörterung über diesen Streitfall nachgerufen. Kollege Haack-Dresden schilderte an der Hand des vorliegenden Materials die entstandenen Differenzen. Aus seinen Ausführungen ging auch für den vollständig Unbeteiligten hervor, daß nur die unverantwortliche Handlungsweise der Herren Gleichauf & Co. diesen tiefgehenden Zwist verschuldet hat. Haack erklärte, daß es ihm vollständig fern liege, den einzelnen Kollegen vom Gewerksverein Vorwürfe deswegen zu machen; insbesondere tonte er, daß er speziell die Zittauer Kollegen des Gewerksvereins ausdrücklich von diesen Vorwürfen ausgenommen wissen wolle, die bei Differenzen stets ihren Mann mit gestanden hätten. Eingekleidet er dem Vorhalten der Gleichauf & Co. ein kräftiges Verstehen. In seinen weiteren Ausführungen erklärte Haack noch, wenn die anlässlich des Mehllich'schen Streiks von den Berliner Generalräten eingeschlagene Praxis in der Allgemeinheit gebräuchlich werden sollte, dann sei ein kollegiales Zusammenarbeiten auf gewerkschaftlicher Grundlage für die Zukunft ausgeschlossen. Und das würde nur zum Schaden der schwächeren Organisation, in diesem Falle der Hirsch-Dunderschen, sein. Den ruhigen, sachlichen Ausführungen Haacks trat in der Debatte ein Herr Bedrich entgegen, der durch seine unmotivierten, überall hinreichenden Ausführungen den Unwillen seiner eigenen Gewerksvereinskollegen zu erregen wußte. Ohne auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen, behauptete er frant und frei, eine in der Metallarbeiter-Zeitung abgedruckte, zur Streikarbeit bei Mehllich & Co. auffordernde Postkarte sei dem Empfänger gestohlen worden. Vom Vorliegenden er sucht, hierüber näheres mitzuteilen, mußte er zugeben, daß er dazu nicht in der Lage sei. Daß dieses Eingeständnis unter den Versammlungsbesuchern lebhaften Unwillen erregte, ist begreiflich. Einer wesentlich günstigeren Eindruck rief der andere Redner der Hirsch-Dunderscher Gewerksverein hervor, der zugab, daß von der Zeitung des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Fehler gemacht worden seien. Auch im übrigen machten seine Ausführungen, von Standpunkt des Gegners betrachtet, einen durchaus sympatibischen Eindruck, im Gegensatz zu seinem Kollegen Herrn Bedrich. Im Schlußwort wies Haack die unqualifizierbaren Vorwürfe des Herrn Bedrich zurück und stellte auch einige schiefe Ansichten Strohhelms richtig. Dann wurde die sehr ruhig verlaufene Versammlung geschlossen. In einer späteren persönlichen Aussprache erklärte, daß sie in der Sache eine Versammlung arrangieren werde, wozu sie die Kollegen vom Metallarbeiter-Berband sämtlich einladen würde. Die Kollegen werden dieser Einladung nachkommen.

Nadelmacher.

Burkhardtshof i. Erzbg. In der Nadelfabrik von Schüppe & Günther ist es schon öfter zu Differenzen gekommen, da aber die Kollegen treu zur Organisation hielten, gelang es immer, die Angriffe der Firma zurückzuweisen. In letzter Zeit wurden die Affordpreise einige Male willkürlich reduziert. Auch Abzüge am verdienten Lohn sind gemacht worden. Die Behandlung läßt sehr zu wünschen übrig. Der Buchhalter Peter Braun verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß die Leute „stramm stehen“, wenn er mit ihnen spreche. Auch fertigte er eine neue Arbeitsordnung, die mehrere Verschlechterungen gegen die bisherige aufwies. Als die Arbeiter gleichfalls eine Vorlage ausarbeiteten und diese dem Chef übermittelten, blieb die alte Arbeitsordnung bestehen. Besonders unangenehm berührt es Herrn Schüppe, daß seine Leute fast alle in den Deutschen Metallarbeiter-Berband sind, und es bringt ihn ganz außer Fassung, daß sich auch die jungen Leute, die noch die Fortbildungsschule besuchen, der Organisation anschließen, weshalb er sich schon an die Schulbehörde gewandt hat. Ja, in letzter Zeit hat er einen jungen Mann, der den Verband beirat, in einem Zimmer, dessen Ausgangstür verschlossen war, geohrfeigt. Da sich in den letzten Jahren die Zahl der Arbeiter ständig vergrößerte, zog Herr Schüppe mehrere verheiratete Leute von auswärts, unter anderem auch von Simbach, heran. Wer mit seinen Maßnahmen nicht zufrieden war, wurde entlassen. Da jetzt wieder zwei verheiratete Kollegen auf das Strafenplaner geworfen werden sollen, von denen einer mit seiner Familie von Simbach hierher gezogen ist, so erklärten sich alle Nadelmacher mit ihm solidarisch und reichten gleichfalls ihre Kündigung ein. Am 27. Juli stellen sie die Arbeit ein. Da Schüppe in den Stallberge- und Hohensteiner Zeitungen und auch in Hschopau Arbeiter suchen werden die Kollegen im eigenen Interesse erucht, die Schüppe'sche Fabrik zu meiden. Schüppe hat genug Leute und auch gute Kräfte, die ihre Pflicht erfüllen, was vom Fabrikanten nicht immer gesagt werden kann.

Burkhardtshof i. E. Die Nadelmacher bei Schüppe & Günther sind am 25. Juli in den Ausstand getreten, aber schon am 23. Juli fandte Herr Schüppe gedruckte Briefe an seine Kunden, worin er behauptet, daß er in allen Fällen gesucht habe, die Arbeiter zufriedenzustellen, während er doch in Wirklichkeit sich in allen Punkten ablehnend verhalten hat. Auch sucht Herr Schüppe seinen Kunden plausibel zu machen, daß er auch jetzt die eingehenden Bestellungen erledigen könne, da circa 40 Arbeiter weiter arbeiteten, während in Wirklichkeit nur einige Handarbeiter und 16 jugendliche Leute stehen blieben, so daß von der Herstellung einer brauchbaren Nadel kein Rede sein kann. Weiter hat Herr Schüppe, trotzdem er versprochen hatte, am 25. Juli mit dem Arbeiterausschuß zu unterhandeln und dieses auch gehalten ist, schon am 23. Juli eine schwarze Liste seiner bisherigen Arbeiter, die 34 Namen enthält, an die Unternehmer verhandelt, die er aufforderte, innerhalb sechs Monaten keine dieser Arbeiter anzunehmen. Die Kollegen sehen also wieder einmal, mit welchen Mitteln das Unternehmertum zu arbeiten beliebt. Die Nadelmacher in den Orten des Erzgebirges sowie in Simbach, Lunowitz und Hohenstein-Ernstthal werden erucht, Arbeit nach Burkhardtshof zu verweigern, dann muß Schüppe bald nachgeben.

Rundschau.

Hferloh.

Vor dem Hferlohener Schöffengericht stand am 15. Juli der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes, Genoff Müller, unter der Anklage der Beamtenbeleidigung. Müller soll die Beleidigung in einer Versammlung der Aussperrten begangen haben. Die inkriminierte Stelle der Ausführungen, welche die Beleidigung enthalten soll, lautet: „... Maas (der beleidigte Schuppemann, D. B.) habe den Arbeitersekretär Simberg auf dem Bahnhofs weg scharf angefaßt und sogar vor die Brust gestoßen, um zu verhindern, daß Simberg noch weiter mit einem Arbeitswilligen spreche.“ Nach der Anklageschrift ist dieses eine nicht erweislich wahre Tatsache, welche den Schuppemann Maas „verächtlich zu machen“ und in

